

Hans-Jürgen Schröder

Das Dritte Reich und die USA

Die nationalsozialistische Machtergreifung markiert für die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen einen tiefen Einschnitt.¹ Die Errichtung der Diktatur in Deutschland und die mittels einer beschleunigten Aufrüstung forcierte Revisionspolitik bedeuteten eine grundlegende Herausforderung amerikanischer Ordnungsvorstellungen. Trotz dieser – sich bereits im Verlauf der Weltwirtschaftskrise andeutenden – Auflösung der deutsch-amerikanischen Interessenparallelität blieb Deutschland allerdings auch nach der Machtergreifung Hitlers Kernstück der amerikanischen Europapolitik, nach 1933 allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Die Führungsspitzen von Wirtschaft und Politik hatten sich in der Weimarer Republik bewußt den amerikanischen Ordnungsvorstellungen unterworfen, und Deutschland wurde damit für die Washingtoner Europapolitik der zentrale Ansatzpunkt für die indirekt-ökonomische Einflußnahme auf die europäische Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg.² In den 30er Jahren blieb Deutschland dann insofern zentraler Faktor der amerikanischen Europapolitik, als das Dritte Reich den Status quo in Europa radikal in Frage stellte. Der schnelle Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Europa und vor allem die aggressive Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches wurden in Washington überdies zunehmend als unmittelbare Bedrohung amerikanischer Interessen interpretiert. Diese Entwicklung war 1933/34 allerdings noch nicht eindeutig zu erkennen.

1. Die amerikanische Reaktion auf die Machtergreifung Hitlers

Zunächst waren es die innenpolitischen Vorgänge in Deutschland, die in den USA zu überaus heftigen Reaktionen führten. Bereits im

November 1932 hatte Botschafter von Prittwitz unter dem Eindruck des Anwachsens der nationalsozialistischen Bewegung die möglichen Rückwirkungen innenpolitischer Vorgänge in Deutschland auf das deutsch-amerikanische Verhältnis betont.³ Nach der Machtergreifung zeigte sich dann vor allem die amerikanische Öffentlichkeit von der nationalsozialistischen Zwangspolitik schockiert. Die nationalsozialistische Judenpolitik, die Aufhebung liberaler Grundfreiheiten, die innenpolitische Gleichschaltung sowie der Terror der SA einschließlich der Mißhandlungen amerikanischer Staatsbürger während der „Revolution“ führten in der amerikanischen Publizistik zu überaus scharfen Stellungnahmen. Die deutsche Botschaft in Washington ließ die Reichsregierung in ihrer umfangreichen Berichterstattung über diese negativen Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit keinesfalls im Zweifel. Das Auswärtige Amt hatte aus diesen Berichten den „Gesamteindruck“ gewonnen, „daß die Einstellung der amerikanischen öffentlichen Meinung dem nationalen Regime gegenüber durchweg ungünstig, zum Teil leidenschaftlich ablehnend ist“.⁴ Daß sich diese gegenüber dem Dritten Reich ablehnende Haltung nicht allein in Kommentaren erschöpfte, zeigt etwa der Versuch, in den USA einen Boykott gegen deutsche Waren zu organisieren. Angesichts dieser Entwicklung mußte es dem Regime besonders ungelegen sein, daß Botschafter von Prittwitz aus Protest gegen die nationalsozialistische Politik von seinem Amt zurücktrat und diesen Schritt auch gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit begründete.

Allerdings wurden die heftigen Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit und die sich vor allem in amerikanischen Pressekommentaren artikulierende ideologische Frontstellung gegen das nationalsozialistische System für die Regierung Roosevelt zunächst nicht zum Bestandteil ihrer Deutschlandpolitik. Die politischen Führungsspitzen machten aus ihrer Abneigung gegen das nationalsozialistische Regime in internen Debatten zwar keinen Hehl, zumal die Berichte des Generalkonsulats und der Botschaft ein genaues Bild über die innerdeutsche Entwicklung vermittelten. Angesichts der engen ökonomischen Verflechtung der beiden Staaten stellte sich für die Washingtoner Diplomatie zunächst das Problem, zur

nationalsozialistischen Regierung “working relations” herzustellen. Offensichtlich wollte es die amerikanische Diplomatie vermeiden, die Möglichkeiten zur Wahrnehmung amerikanischer Interessen durch eine ideologische Frontstellung negativ zu präjudizieren. Es lag auf der Linie der pragmatischen Politik Roosevelts, wenn er bald nach seiner Amtsübernahme die von seinen Amtsvorgängern aus ideologischen Gründen verweigerte Anerkennung der Sowjetunion einleitete, offenbar in der Hoffnung auf eine Belebung amerikanischer Exporte in die Sowjetunion.

Angesichts der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von der Weltwirtschaftskrise am stärksten betroffen waren, kann es nicht überraschen, daß wirtschaftliche Fragen für Roosevelt nach seiner Wahl zunächst im Mittelpunkt auch seiner außenpolitischen Überlegungen standen. Zwar hatte der neue Präsident in seiner Antrittsrede betont, daß die Wirtschaftskrise primär mit nationalen Maßnahmen zu bekämpfen sei, zugleich aber auch der Außenwirtschaft in seiner Krisentherapie eine wichtige Funktion zugeordnet. Vor allem sein Engagement bei der Vorbereitung der Londoner Weltwirtschaftskonferenz demonstriert, daß Roosevelt ungeachtet der Priorität nationaler Maßnahmen die Strategie zur Überwindung der weltweiten Depression vor allem mit den europäischen Staaten zu synchronisieren wünschte. Die Bedeutung Deutschlands als einer der führenden Industriestaaten sowie die enge deutsch-amerikanische wirtschaftliche und politische Kooperation der 20er Jahre legten es nahe, die Möglichkeiten einer wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit auch mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu erkunden. Die aus innen- und außenpolitischen Gründen vom nationalsozialistischen Regime zunächst verfolgte vorsichtige Politik gegenüber den USA schien überdies Ansätze für eine solche wirtschaftliche Kooperation zu bieten.

2. Die vorsichtige Amerikapolitik nach der Machtergreifung

Präsident Roosevelt drängte nach seiner Amtsübernahme im März 1933 auf einen schnellen Beginn der auf der Lausanner Konferenz

1932 beschlossenen und vom Völkerbund für 1933 nach London einberufenen Weltwirtschaftskonferenz. Das zwang die Reichsregierung, die schon Anfang März zur Vorbereitung der Konferenz mit Washington in Fühlung getreten war, ihre Wünsche insbesondere auch hinsichtlich des Konferenzbeginns zu präzisieren, ein Problem, das Reichsbankpräsident Schacht unter richtiger Einschätzung des persönlichen Engagements des amerikanischen Präsidenten als eine „hochpolitische Frage“ wertete.⁵ Ungeachtet der Widerstände von Reichswirtschaftsminister Hugenberg hatte Hitler bereits in seiner Reichstagsrede vom 23. März den Plan einer Weltwirtschaftskonferenz grundsätzlich begrüßt, sich mit ihrem baldigen Zusammentritt einverstanden erklärt und die Bereitschaft der Reichsregierung unterstrichen, an der Konferenz „mitzuarbeiten, um endlich positive Ergebnisse zu erlangen“.⁶ Hans Luther, der neue deutsche Botschafter in Washington, teilte der amerikanischen Regierung in der zweiten Aprilhälfte offiziell mit, daß die deutsche Regierung an einem frühen Beginn der Konferenz („je eher desto besser“) interessiert sei.⁷ Der neue Botschafter hatte bei Außenminister Hull überdies den Eindruck hinterlassen, daß mit einer konstruktiven deutschen Mitarbeit auf der Konferenz zu rechnen sei. Ansätze zu einer solchen Kooperation ergaben sich für Hitler etwa in einer Verständigung der „maßgebenden Industrie-Nationen“ über eine Exportbegrenzung von Produktionsmitteln. Werde die Ausfuhr von Produktionsmitteln „ins Uferlose fortgesetzt, so höre die Lebensvoraussetzung für die europäische Industrie einfach auf“.⁸

Bei der Formulierung der deutschen Verhandlungsposition traten rein wirtschaftliche Erwägungen allerdings hinter außenpolitischen Rücksichtnahmen zurück. Namentlich in der Wilhelmstraße wurde die Londoner Konferenz im Kontext der gesamten außenpolitischen Konstellation des nationalsozialistischen Regimes gesehen und insbesondere als wichtiger Faktor für die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen interpretiert. Der von Hugenberg zur schnellen Realisierung rein autonomer wirtschaftspolitischer Maßnahmen empfohlene Obstruktionskurs erfüllte daher das Auswärtige Amt „aus politischen Gründen“ mit „lebhafter Besorgnis“, und es wurde eindringlich davor gewarnt, mit einer

solch negativen Haltung auf die Konferenz zu gehen. Schließlich sei die Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz für die Regierung Hitler „gewissermaßen ihre erste Visitenkarte bei den übrigen Regierungen“. Diese erste „Visite“ dürfe aber, wenn „das internationale Standing, die Vertrauenswürdigkeit und Verhandlungsfähigkeit dieser Regierung nicht von Anfang an einen verhängnisvollen und nicht wieder gut zu machenden Stoß erleiden soll, nicht den Eindruck zurücklassen, daß diese Regierung mit nicht ernsthaften Vorschlägen taktische Manöver macht“.⁹

Wie sehr die Reichsregierung bemüht war, insbesondere zur amerikanischen Regierung keinen Gegensatz aufkommen zu lassen, demonstriert auch die gegen den Widerstand des Reichswirtschaftsministeriums durchgesetzte Zustimmung Berlins zu dem von Washington angeregten Zollwaffenstillstand. Neben der sachlichen Seite sei auch hier die „taktisch-politische“ Komponente zu berücksichtigen, argumentierte Außenminister Neurath. So würde im Falle der Ablehnung auf die deutsche Regierung das „Odium“ fallen, die Weltwirtschaftskonferenz von Anfang an „sabotiert“ zu haben. Hinzu komme, daß angesichts des amerikanischen Engagements die Regierung in Washington und Roosevelt selber ein glattes „Nein“ von deutscher Seite „auch ganz besonders auf sich beziehen“ müßten. Es sei aber gerade auch im Interesse Berlins, durch seine Zustimmung dem Programm des amerikanischen Präsidenten „mit zur Geltung zu verhelfen“. Aufgrund seiner außenpolitischen Lage könne es sich Deutschland einfach nicht leisten, als einziges Land den Vorschlag abzulehnen. Mit der am 12. Mai vom Kabinett beschlossenen Zustimmung zum Zollwaffenstillstand wollte die Reichsregierung „insbesondere gegenüber dem Präsidenten Roosevelt“ einen „erneuten Beweis“ der Kooperationsbereitschaft erbringen, was dann in Washington auch einen „guten Eindruck“ machte, wie Reichsbankpräsident Schacht nach seiner Rückkehr aus den USA berichtete.¹⁰

Schacht war in der ersten Maihälfte als Vertreter der Reichsregierung zu bilateralen Besprechungen mit der amerikanischen Regierung, zu denen Roosevelt im Hinblick auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz zahlreiche Regierungschefs – darunter auch

Hitler – eingeladen hatte, in die USA gereist. Abrüstungsfragen, das deutsch-amerikanische Handelsvolumen, die nationalsozialistische Judenpolitik, die ökonomische Situation in den USA und die Schuldenfrage bildeten die Hauptthemen der deutsch-amerikanischen Gespräche. Damit waren im wesentlichen die Probleme genannt, die seit Mitte der 30er Jahre die deutsch-amerikanischen Beziehungen zunehmend belasten sollten. Zwar ließ Roosevelt schon in seinem ersten Gespräch keinen Zweifel daran, daß er allein in der deutschen Haltung ein Hindernis für Abrüstungsvereinbarungen sehe, doch läßt sich aus den bilateralen Gesprächen der „fundamentale Gegensatz zwischen der Ideologie des neuen deutschen Regimes und den Idealen der Vereinigten Staaten“ noch keineswegs ableiten.¹¹ Im Gegenteil: zunächst fallen die positiven Äußerungen Roosevelts über den neuen deutschen Reichskanzler auf. Gerade wenn es auf die schnelle Realisierung von Regierungsmaßnahmen ankomme, so betonte der Präsident gegenüber Schacht, gebe es nicht überall so „handlungsfähige Faktoren“ wie sie „Mussolini, Hitler und Roosevelt darstellen“.¹²

Die sachliche Atmosphäre der ersten Gespräche Schachts mit Roosevelt und Vertretern des State Department darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Washingtoner Regierung entschlossen war, auf die Verletzung amerikanischer Interessen energisch zu reagieren. Das wurde deutlich, als Schacht in einer – von der amerikanischen Verhandlungsführung fraglos begünstigten – Fehleinschätzung der Washingtoner Position in der Schuldenfrage Berlin die schnelle Verkündung des von der Reichsregierung schon vor seiner Reise prinzipiell beschlossenen Transfermoratoriums empfahl. Präsident Roosevelt zeigte sich „profoundly shocked“, die „Stimmung“ war „total umgeschlagen“.¹³ Im Interesse der von ihr gegenüber den USA verfolgten Politik der Konfliktvermeidung sah sich die Reichsregierung genötigt, das Transfermoratorium zunächst ganz zurückzustellen und erst zu einem späteren Termin modifiziert in Kraft zu setzen (1. 7. 33). Unter dieser Voraussetzung konnte Schacht seine Gespräche fortsetzen, denn namentlich Hull war daran interessiert, die deutsche Zustimmung zum Zollwaffenstillstand nicht zu gefährden.

Nicht zuletzt die schroffe Reaktion Roosevelts und Hulls in der Schuldenfrage mochte Hitler, der ebenso wie Schacht das Schuldenproblem auch als außenpolitisches Instrument einzusetzen wünschte, dazu bestimmt haben, in seiner sogenannten Friedensrede vom 17. Mai die Rooseveltsche Initiative in der Abrüstungsfrage überaus positiv zu bewerten. Hitler ging sogar so weit, die von Roosevelt angedeutete Möglichkeit zu „begrüßen, die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubeziehen“. Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten zu einer Rüstungsbeschränkung verpflichtete die deutsche Regierung zu „warmem Danke“, denn auch sie sei der Auffassung, „daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist“. Berlin sei bereit, sich an „diesem Werke der Inordnungbringung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt“ uneigennützig zu beteiligen.¹⁴ Die in den Monaten vor der Londoner Konferenz gegenüber Washington verfolgte Politik konnte dann während der Konferenz (trotz der von Hugenberg gegen den Willen der deutschen Delegation veröffentlichten Forderung nach Autarkie und Lebensraum im Osten) um so leichter durchgehalten werden, als konkrete Ergebnisse nicht zu erwarten waren und die Differenzen der USA mit England und Frankreich in der Währungsfrage dominierten. Nach Auffassung des Völkischen Beobachters wurde die Konferenz sogar ganz von „den starken Gegensätzen zwischen England und Amerika beherrscht“. Die Zeitung stellte sich dabei eindeutig auf die amerikanische Seite, wenn sie schrieb: „Vernünftig hat außer Deutschland, das sich sehr zurückgehalten hat, nur Amerika gehandelt“, doch „Amerikas richtige Taktik scheint zu scheitern“. Dies sei ein Zeichen dafür, „daß die Art, wie Frankreich und England der Weltwirtschaftskrise beikommen wollen, falsch ist“. „Vielleicht ergibt sich“, spekulierte der Völkische Beobachter, „daß Deutschland seine Wirtschaft am besten im Einklang mit dem Staate aufbauen kann, der ähnliche wirtschaftspolitische Methoden verfolgt. Und das ist Amerika“.¹⁵ Auch die deutsche Botschaft in Washington knüpfte an den Verlauf der Londoner Verhandlungen die Hoffnung auf eine deutsch-amerikanische wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Es sei durchaus damit zu rechnen, daß die Vereinigten Staaten aus der Besorgnis einer wirtschaftlichen Isolierung gegenüber Westmächten ihre wirtschaftliche Aktivität gegenüber Deutschland verstärken möchten. Außenminister Neurath verwies in einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk sogar auf die Ähnlichkeit der in Deutschland und den USA zu lösenden ökonomischen Probleme und folgerte, daß auch „wahrscheinlich die Heilmittel gleich sein müssen“.¹⁶

Diese hier von deutscher Seite unterstellte Kongruenz der deutschen und amerikanischen Wirtschaftsinteressen schien in der Erklärung Roosevelts vom 3. Juli ihre Bestätigung zu finden, als der Präsident in seiner sogenannten „bombshell message“ die Stabilisierung des Dollars mit dem Hinweis auf die Priorität nationaler Wirtschaftsmaßnahmen ablehnte. Damit war das Schicksal der Konferenz besiegelt.

Nach dieser einseitigen Erklärung des amerikanischen Präsidenten, der die Hullschen Pläne zur Liberalisierung des Welthandels zunächst scheitern ließ, wurde auf die amerikanische Delegation außerordentlicher Druck ausgeübt, um die Vereinigten Staaten in der Stabilisierungsfrage zu Konzessionen zu bewegen. Eine Verständigung wäre auf der Konferenz jetzt aber nur noch durch Zugeständnisse seitens der europäischen, namentlich der französischen und britischen Regierungen möglich gewesen, denn Roosevelt hielt an seiner Entscheidung fest. Zwar sah er keinen Widerspruch zwischen seinem New Deal und einer internationalen Kooperation zur Wiedererlangung der Prosperität in der ganzen Welt, doch wünschte er die ersten Ansätze eines wirtschaftlichen Aufschwungs in den USA nicht zu gefährden. Hitler war schon vor der Konferenz der Meinung gewesen, daß das Londoner Treffen ergebnislos verlaufen würde, da die einzelnen Staaten vornehmlich damit beschäftigt seien, ihre „nationalen Volkswirtschaften in Ordnung zu bringen und ihren Autarkiebestrebungen Fortgang zu geben“.¹⁷ Die deutsche Delegation enthielt sich jedoch bewußt „jeder Einmischung in die grundsätzliche Haltung der Amerikaner“, wie Schacht betonte.¹⁸

Nach dem Scheitern der Konferenz wünschte sich Schacht im

Völkischen Beobachter zwar „Nie wieder Gequassel“, doch richtete sich dieser negative Kommentar nicht gegen die amerikanische Regierung. Er sei dem amerikanischen Präsidenten für seine Absage an die Konferenz ausgesprochen „dankbar“, fügte er hinzu, denn Roosevelt habe grundsätzlich „denselben Gedanken, den Hitler und Mussolini zur Tat gemacht“ hätten: „Nehmt euer Wirtschaftsschicksal selbst in die Hand und ihr helft nicht nur euch, sondern der ganzen Welt“.¹⁹ Das Propagandaministerium gab an die Presse, die schon die Washingtoner Vorbereitungen mit wohlwollenden Kommentaren begleitet hatte, wiederholt die Parole aus, „vor allen Dingen Angriffe gegen Amerika“ zu vermeiden: „Mit aller Eindringlichkeit bittet die Regierung, bei den Kommentaren anlässlich der Vertagung oder des Abbruchs der Konferenz dringend, Angriffe gegen die Regierung der Vereinigten Staaten und den Präsidenten Roosevelt dringend zu unterlassen“.²⁰

Unter strikter Befolgung dieser Richtlinien wurde das Scheitern der Konferenz nicht der amerikanischen Regierung angelastet, sondern als natürliche Konsequenz der von den einzelnen Staaten vorrangig zu lösenden innenpolitischen Probleme gedeutet. Diese vorsichtige Amerikapolitik des Jahres 1933 fügte sich in die auf eine außenpolitische „Abschirmung der inneren Machtentfaltung von 1933/34“ (Bracher) abgestellte Strategie organisch ein. Daher wird man die USA im Berliner außenpolitischen Kalkül nach der nationalsozialistischen Machtergreifung keineswegs als „quantité négligeable“ einstufen können.²¹ Hinzu kommt, daß eine konstruktive Politik gegenüber der neuen Regierung in Washington ein wichtiges Propagandainstrument zur innenpolitischen Legitimierung der nationalsozialistischen „Revolution“ bot. Kommentare der gelenkten Presse machen dies deutlich.

Die mit Hitlers Machtergreifung eingeleiteten innenpolitischen Zwangsmaßnahmen hatten in der amerikanischen Publizistik überaus scharfe Stellungnahmen gegen das nationalsozialistische Regime hervorgerufen. Diese negativen Kommentare beantwortete die nationalsozialistische Publizistik allerdings nicht ihrerseits mit einer allgemeinen Verurteilung der amerikanischen Verhältnisse, vielmehr zeigte sie sich bemüht, die amerikanische Kritik durch „Auf-

klärung“ abzufangen und der „Entfremdung“ im Bereich der öffentlichen Meinung entgegenzuwirken.²²

Es lag ganz auf der Linie der hier am Beispiel der Weltwirtschaftskonferenz aufgezeigten vorsichtigen Politik gegenüber den USA, wenn sich bis Anfang 1936 in der Presse und in den Wochenschauberichten überwiegend positive Kommentare über den New Deal und insbesondere über Roosevelt selbst finden. Das wirtschaftspolitische Vorgehen des amerikanischen Präsidenten stand im Mittelpunkt der Überlegungen. Unter Hinweis auf die Vollmachten, die der Kongreß Roosevelt in den ersten Monaten seiner Amtszeit erteilte, wurde die starke Position des neuen Präsidenten herausgestrichen. Unter der Überschrift „Roosevelts diktatorische Gesundheitsmaßnahmen“ kommentierte der Völkische Beobachter die New Deal-Gesetzgebung. Nach dem Zusammenbruch der „Periode der Prosperity, des hemmungslosen Spekulationstaumels“, hätten die ökonomischen Ereignisse in den Vereinigten Staaten eine Entwicklung genommen, die „niemand für möglich gehalten hätte“. Mit dem vorausgegangenen „Zusammenbruch von nie gekanntem Ausmaß“ sei vom neuen Präsidenten jetzt eine „Riesenaufgabe“ zu bewältigen. Zunächst habe Roosevelt „diktatorische Vollmachten“ zur Überwindung der Krise gefordert. „Und Wunder über Wunder, Senat und Parlament erteilten ohne Widerspruch Blankovollmachten. Die Volksvertretung des demokratischsten aller Länder ließ sich gern ausschalten und überließ dem neuen Präsidenten die Verantwortung und gab ihm volle Handlungsfreiheit.“ Damit habe sich auch im „demokratischen Amerika“, so betonte der Völkische Beobachter, das „Führerprinzip“ durchgesetzt. Darüber hinaus schien es Roosevelt zu verstehen, sich zumindest zeitweise der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen und schon während der ersten längeren Sitzungspause des Kongresses vom Juni 1933 bis zum Januar 1934 „praktisch Diktator der amerikanischen Wirtschaft“ zu sein.²³

Auffallend sind bei der Kommentierung der Rooseveltischen Politik insbesondere die häufigen Vergleiche zur deutschen Entwicklung seit der nationalsozialistischen Machtergreifung. Der Völkische Beobachter, der sich im Mai 1933 noch gescheut hatte, bei der

Analyse der amerikanischen Innenpolitik offen eine „Parallele zu Deutschland“ zu ziehen, ging bereits einen Monat später in einer Rezension des Rooseveltischen Buches „Looking Forward“ sogar so weit, bei der Analyse der wirtschaftspolitischen Vorstellungen Roosevelts den Vergleich mit nationalsozialistischen Ideen in den Mittelpunkt zu rücken: „Manche Sätze könnte ein Nationalsozialist geschrieben haben. Jedenfalls kann man annehmen, daß Roosevelt für das Gedankengut des Nationalsozialismus viel Verständnis besitzt“. „Roosevelt würde sich wahrscheinlich dagegen wehren“, hieß es an anderer Stelle, „ein Nationalsozialist genannt zu werden“. Dennoch sei eine „unverkennbare Verwandtschaft mit der nationalsozialistischen Ideenwelt“ nicht zu leugnen.²⁴

Als der Völkische Beobachter das erste Jahr der Amtszeit Roosevelts resümierte, wurde die „selbst unter der amerikanischen Verfassung unerhörte Machtfülle“ des Präsidenten herausgehoben. Sie habe Roosevelt überhaupt erst die Voraussetzung für die zahlreichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen geschaffen, „die jede für sich in ihrer inneren Einstellung und in ihrem Ausgangspunkt Ungeheures für die Vereinigten Staaten bedeuteten“, nicht nur, weil sie einen „völligen Bruch“ mit der „altüberlieferten demokratischen Staatsform darstellten“, sondern weil sie vor allem den „Durchbruch einer neuen Staats- und Wirtschaftsgesinnung vorbereiteten“. Wenn eine „Volksströmung“ Roosevelt zum „Führer“ „kürite“, dann sei dies aus der klaren Erkenntnis geschehen, daß sich die Verhältnisse in der ganzen Welt „grundlegend“ geändert hätten. Die Welt befinde sich nicht nur in einem „erbitterten Ringen um ihre Existenz“, sondern sie stecke auch in einer „tiefgreifenden revolutionären Krise auf politischem, ökonomischem, sozialem und kulturellem Gebiet“, eine Entwicklung, die auch eine „Umstellung und Änderung der Menschen“ bedinge. Aus dieser „inneren Einsicht heraus“ habe Roosevelt den Schluß gezogen und mit den „überholten Idolen der vergangenen Hoover-Periode endgültig gebrochen“. Wenngleich das Rooseveltische „Führertum“ im Vergleich zu Hitler weniger umfassend gesehen wurde, so hatte der Völkische Beobachter angesichts der dem Präsidenten vom Kongreß gewährten Vollmachten doch den Eindruck gewonnen, daß

Roosevelts Position der eines „Diktators nicht allzu unähnlich“ sei. Die „Fiktion der Demokratie“ bestehe zwar noch, hieß es in einem anderen Kommentar, aber die „Entwicklung zum autoritären Staat bahnt sich an“. Wenn sich das „Führerprinzip“ auch in dem „demokratischsten aller Länder“ durchsetze, wenn auch in den Vereinigten Staaten der „Anbruch eines neuen Zeitalters“ sich ankündige, dann wurde hierin ein Beweis dafür gesehen, daß das „parlamentarische System, die Regierung einer Vielheit ohne Kopf“, sich nicht nur in Deutschland, sondern allgemein „überlebt“ habe.²⁵

Die einseitige Betonung auch in der historischen Analyse erkennbarer Parallelen in der deutschen und amerikanischen Entwicklung nach 1933 sowie insbesondere die Hervorhebung der Rooseveltischen „Führungsaufgabe“ und einer vermeintlich antiparlamentarischen Stoßrichtung der Politik des Präsidenten machen deutlich, daß die nationalsozialistische Propaganda die innenpolitische Umwälzung in Deutschland nicht als spezifisch deutsche Entwicklung verstanden wissen wollte. Vielmehr sollte der Eindruck erweckt werden, als handle es sich hier um eine epochale Erscheinung, der sich selbst das demokratische Amerika nicht habe entziehen können. Bei dieser Zielsetzung kann es nicht überraschen, wenn die fundamentalen Unterschiede in der Politik Hitlers und Roosevelts bis Mitte der 30er Jahre nicht zur Debatte gestellt wurden. Gerade in der Phase der innenpolitischen Konsolidierung mußte die einseitige Betonung autoritärer Züge in der Rooseveltischen Politik für das nationalsozialistische Regime insbesondere deshalb von großer politischer Bedeutung sein, weil sich hier die Möglichkeit zu einer geschickten propagandistischen Legitimierung der innenpolitischen Zwangsmaßnahmen seit der Machtergreifung ergab. Auch deshalb wurde die vorsichtige Amerikapolitik in den ersten Jahren nach 1933 so konsequent verfolgt. Sie lag ebenso im Interesse der an die Weimarer Revisionspolitik anknüpfenden traditionellen Führungsschichten, wie sie den Notwendigkeiten einer spezifisch nationalsozialistischen, auf die Realisierung von Hitlers „Programm“ gerichteten Innen- und Außenpolitik entsprach.

3. Der bilaterale Gegensatz in den Handelsbeziehungen

Ungeachtet der in der Anfangsphase des nationalsozialistischen Regimes verfolgten vorsichtigen Politik gegenüber den USA entwickelten sich bereits in den Jahren 1934/35 zwischen Washington und Berlin grundlegende Interessenkonflikte. Diese werden allerdings erst dann deutlich, wenn man die ökonomischen Antriebskräfte sowohl der deutschen als auch der amerikanischen Außenpolitik in die Analyse der Beziehungen voll einbezieht. Auch wenn man die innenpolitischen Antriebskräfte der deutschen Außenpolitik nach 1933 primär im ideologisch-machtpolitischen Bereich und vor allem in der Hitlerschen Programmatik sieht, wird man die ökonomischen Faktoren nicht ausklammern können. Das gilt besonders für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Schließlich war die wirtschaftliche Durchdringung Deutschlands ein wichtiges Motiv für die Washingtoner Kooperation mit der Weimarer Republik und zugleich das entscheidende Instrument der politischen Einflußnahme.

Hitler selbst hat die Überwindung der depressiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft wiederholt zu seinen innenpolitischen Hauptaufgaben erklärt, da er in einer binnenwirtschaftlichen Stabilisierung eine Vorbedingung auch der politischen Stabilisierung des Regimes sah. Erst die Realisierung dieser Nahziele schuf die Voraussetzung auch für die außenpolitische Expansion des Dritten Reiches. Folgerichtig hat der neue Reichskanzler gleich nach der Machtergreifung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine antizyklische Konjunkturpolitik inauguriert, die sich bereits im ersten Jahr im Vergleich zur Entwicklung in den anderen Industriestaaten als überaus erfolgreich erwies. Diese durch das Aufrüstungsprogramm entscheidend beschleunigte interne Expansionspolitik führte schnell zu einem Druck auf die Handelsbilanz, weil die Binnenkonjunktur einmal einen erhöhten Rohstoffbedarf und somit höhere Einfuhren zur Folge hatte. Überdies wurde der Exportdruck der deutschen Industrie insofern gemildert, als sich die Nachfrage auf dem Binnenmarkt wieder vergrößerte. So schloß die deutsche Handelsbilanz, die noch im Jahre 1932 einen Überschuß

von über 1 Milliarde Reichsmark aufwies, bereits Ende 1934 mit einem Passivsaldo von 280 Millionen RM ab. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung sind die ständigen Aufrufe der Reichsregierung zur Verstärkung der Exportbemühungen zu sehen: „Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Binnenkonjunktur ist nur möglich“, so betonte Hitler etwa im März 1935, „wenn es gelingt, den Bedarf an lebensnotwendigen fremden Rohstoffen zu decken.“ Das sei aber nur dann gewährleistet, wenn die deutsche Ausfuhr auf einer „entsprechenden Höhe gehalten“ werde. Das Auswärtige Amt erinnerte die Missionen Ende 1937 daran, daß die „Ausfuhr für das deutsche Wirtschaftsleben nach wie vor von überragender Bedeutung“ sei. Hitler brachte die deutsche Exportabhängigkeit Anfang 1939 auf die dramatische Formel: „deutsches Volk lebe, d. h. exportiere, oder stirb“.²⁶

Im Gegensatz zur deutschen Wirtschaft, für die sich ein Exportzwang hauptsächlich als Voraussetzung für die zur Aufrechterhaltung der Binnenkonjunktur notwendige Rohstoffeinfuhr ergab, stellte sich für die USA primär das Problem, Exportmärkte zur Absorbierung der industriellen und landwirtschaftlichen Überschußprodukte zu erschließen. Mit monotoner Beharrlichkeit haben führende Angehörige der Regierung Roosevelt und der Präsident selbst die enge Verknüpfung von binnenwirtschaftlicher Entwicklung und überseeischer ökonomischer Expansion der amerikanischen Öffentlichkeit geradezu eingehämmert. Dieses Eintreten für eine expansive Außenwirtschaftspolitik macht deutlich, daß die Regierung Roosevelt die ökonomischen Probleme der USA in der Weltwirtschaftskrise nicht in der Isolation zu lösen suchte. Die expansive Außenwirtschaftspolitik der 1920er Jahre wurde nicht nur fortgesetzt, sondern unter dem Eindruck der Depression noch intensiviert. Damit steht auch die Rooseveltsche Politik in der Tradition amerikanischer Außenpolitik seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, deren ökonomische Antriebskräfte die neuere Imperialismusforschung überzeugend herausgearbeitet hat.

Eine Analyse der Rooseveltschen Außenpolitik, die sich nicht auf eine vordergründige, diplomatiegeschichtliche Darstellung beschränkt, sondern auch die binnenwirtschaftliche und innenpoliti-

sche Stabilisierungsfunktion der Außenwirtschaft berücksichtigt, wird keinesfalls zu dem Schluß gelangen, Roosevelt habe in den ersten Jahren seiner Amtszeit eine isolationistische Politik betrieben. So ist der von Roosevelt rigoros verfolgte Primat der Innenpolitik auch nicht als Isolationismus zu interpretieren. Übrigens hatte bereits kurz nach dem Scheitern der Londoner Konferenz die deutsche Botschaft in Washington davor gewarnt, Roosevelts Absage an die Weltwirtschaftskonferenz als einen Rückzug auf den nordamerikanischen Kontinent zu interpretieren: Schon wegen der „Abhängigkeit eines wesentlichen Teils der amerikanischen Wirtschaft vom Außenhandel“ könnten die USA auf eine aktive Außenpolitik kaum verzichten.²⁷ In diesem Zusammenhang ist besonders auf die mit dem „Reciprocal Trade Agreements Act“ vom Juni 1934 inaugurierte Handelsvertragspolitik zu verweisen, die in ihrer Zielsetzung auf eine Liberalisierung des Handels, d. h. auf die weltweite Durchsetzung der 1899/1900 formalisierten Open Door Policy gerichtet war. In dieser Politik der „Offenen Tür“ erblickten die Führungsspitzen von Wirtschaft und Politik zugleich die Möglichkeit auch der informellen politischen Einflußnahme mittels ökonomischer Durchdringung.

Zur Hullschen Außenhandelskonzeption, die sich nach internen Auseinandersetzungen innerhalb der Roosevelt Administration Mitte 1934 durchgesetzt hatte, stand die bereits von der Regierung Brüning anvisierte und seit 1933 immer konsequenter verfolgte bilaterale Außenhandelspolitik Deutschlands, die in Schachts Neuem Plan vom September 1934 ihren Höhepunkt fand, in diametralem Gegensatz. Während die Washingtoner Handelspolitik darauf abzielte, bilateral vereinbarte Handelserleichterungen durch die Meistbegünstigungsklausel multilateral auszuweiten, wünschte Berlin Aus- und Einfuhren bilateral mit den einzelnen Handelspartnern abzuwickeln. Trade Agreements Act und Neuer Plan, so wird man in der historischen Perspektive feststellen können, waren prinzipielle Weichenstellungen der amerikanischen bzw. deutschen Handels- und Außenpolitik und damit zugleich ein wichtiger Einschnitt für die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1934/35. Das beweist vor allem eine Analyse der deutsch-

amerikanischen ökonomischen Konfrontationen in Drittländern, läßt sich aber auch an der Verschlechterung der bilateralen Handelsbeziehungen klar ablesen.

Der Wert Deutschlands als Abnehmer amerikanischer Produkte – ein wichtiges Motiv für die Washingtoner Stabilisierungspolitik der 1920er Jahre – war im Verlauf der Weltwirtschaftskrise zunächst noch angewachsen. So nahm Deutschland im Jahre 1933 8,4% der gesamten US-Exporte auf und war damit wie im Jahre 1929 (7,8%) der wichtigste Abnehmer amerikanischer Produkte auf dem europäischen Festland. Der Bedeutung des deutschen Marktes, auf die Außenminister Hull im Mai 1933 ausdrücklich verwiesen hatte, stand seit der Konjunkturbelebung auch das starke Interesse der Reichsregierung an Importen amerikanischer Rohstoffe gegenüber, und so bemühte sich Berlin schon vor der Verabschiedung des „Trade Agreements Act“ intensiv um Wirtschaftsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Eine „direkte wirtschaftliche Verständigung“ zwischen den USA und Deutschland würde nicht nur einen „sehr erheblichen Beitrag zur Lösung des Weltwirtschaftsproblems“ leisten können, sie liege auch insofern im unmittelbaren Interesse Washingtons, argumentierte Schacht, als „man an malayische Kulis nicht so viel verkaufen kann wie an hochqualifizierte deutsche Fabrikarbeiter“. ²⁸ Ziel dieser deutschen Initiativen war neben der Sicherstellung von Rohstoffimporten insbesondere ein Ausgleich der Handelsbilanz, deren Passivität gegenüber den USA (etwa 1 : 2) der Reichsregierung angesichts der Devisensituation nicht mehr tragbar erschien. Letztlich wünschte die Reichsregierung eine Bilateralisierung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen zu erreichen und die amerikanische Regierung für das deutsche System von Einfuhrkontingenten und Devisenzuteilungen zu gewinnen. Washington war aber nicht bereit, auf derartige Vorschläge, die der Hullschen Außenwirtschaftskonzeption prinzipiell entgegenstanden, einzugehen und damit auf die im deutsch-amerikanischen Handelsvertrag von 1923 festgelegte Meistbegünstigung zu verzichten. Vor allem die Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Berlin über die Auslegung der Meistbegünstigung haben dazu beigetragen, daß die Reichsregierung den

deutsch-amerikanischen Handelsvertrag im Oktober 1934 zum 14. Oktober 1935 kündigte.

Es sollte sich allerdings als Illusion erweisen, wenn die Reichsregierung glaubte, dadurch handelspolitische Gespräche mit den USA erzwingen zu können, um bei einer Neufassung des Vertrages die Bestimmungen der Meistbegünstigung der „veränderten Entwicklung“, d. h. aus Berliner Sicht: den deutschen Interessen anpassen zu können. Es lag auf der Linie ihrer vorsichtigen Amerikapolitik, wenn die Reichsregierung, die die Kündigungsnote überaus zurückhaltend formuliert hatte, alles zu vermeiden suchte, was den deutschen Schritt als eine prinzipielle Herausforderung der amerikanischen Handelsvertragspolitik erscheinen ließ. So wurde der Regierung in Washington bedeutet, daß es Berlin „politisch erwünscht“ sei, wenn bei einer etwaigen Presseverlautbarung Washingtons zur Kündigung deren „vorsorglicher Charakter“ zum Ausdruck gebracht würde, um auf diese Weise „Mißdeutungen“ des deutschen Schrittes zu vermeiden. ²⁹ Dennoch war die Reaktion von Regierung und Öffentlichkeit in den USA überaus ungünstig. Namentlich von Außenminister Hull wurde der deutsche Schritt als „eine Art Angriffshandlung gegen das gesamte amerikanische Handelsvertragssystem empfunden“. ³⁰ Die Warnungen der Botschaft, daß eine Kündigung des Handelsvertrags die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen eher erschweren als begünstigen werde, wurden durch die Entwicklung der folgenden Jahre voll bestätigt: Die zahlreichen weiteren Versuche Berlins, Washington zu Wirtschaftsgesprächen mit Deutschland zu bewegen, erwiesen sich als erfolglos. Unter richtiger Einschätzung der neuen Washingtoner Handelsvertragspolitik berichtete der im Oktober 1935 in den USA weilende Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes nach Berlin, daß die Zeit gegen Deutschland arbeite und die deutsche Stellung „taktisch und praktisch“ mit dem Abschluß von weiteren Handelsverträgen durch die amerikanische Regierung mit anderen Staaten immer mehr erschwert werde. Ähnlich beklagte auch der Industrielle von Schnitzler, daß sich die Kündigung der Meistbegünstigung „offenbar mehr gegen uns als gegen die USA“ auswirke. ³¹

In einer zusammenfassenden Beurteilung des Auswärtigen Amtes vom März 1938 wurde die Geschichte der Handelspolitik mit den Vereinigten Staaten dann sogar als „eine ununterbrochene Reihe folgenschwerer Beschlüsse“ charakterisiert: „Mit der Kündigung des Handels- und Freundschaftsvertrages von 1923 im Oktober 1934, kurz nach der großen Wende der amerikanischen Handelspolitik, verloren wir die Meistbegünstigung in Amerika, die für uns je länger, desto wichtiger wurde. Amerika hat seither nacheinander mit 16 Staaten bedeutende Zollermäßigungen vereinbart, und noch weitere Ermäßigungen mit der Tschechoslowakei, mit Großbritannien und den Dominions stehen bevor. Die Deutsche Botschaft in Washington hat seinerzeit dringend vor dieser Kündigung gewarnt und schon damals mit Nachdruck auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß sie schwer verstimmen, uns wichtiger und nahe bevorstehender Zollermäßigungen berauben, die Gefahr der Diskriminierung des deutschen Handels und wahrscheinlich auch die Erhebung von Zuschlagzöllen auf die deutsche Einfuhr nach den verschiedenen Dumpingbestimmungen heraufbeschwören würde. Die Aussichten, mit der Amerikanischen Regierung nachher wieder ins Gespräch zu kommen, wurden für absehbare Zeit als sehr unwahrscheinlich bezeichnet.“ Diese Warnungen der Botschaft „haben sich leider restlos erfüllt“.³²

Die negative Entwicklung der Handelsbeziehungen mit den USA schlägt sich in der Statistik eindrucksvoll nieder: Die deutschen Importe aus den USA, die im Jahre 1928 über 2 Milliarden RM betragen hatten, waren im Jahre 1936 auf 232 Millionen RM geschrumpft; sie stiegen aufgrund deutscher Rohstoffkäufe für das Rüstungsprogramm 1938 allerdings wieder auf 406 Millionen RM an. Die deutschen Ausfuhren in die USA gingen von 796 Millionen RM (1928) auf 149 Millionen RM im Jahre 1938 (1936 = 172 Millionen) zurück.

Durch die Kündigung des Handelsvertrages hatte die Reichsregierung entscheidend dazu beigetragen, daß die beiderseitigen Handelsbeziehungen so schnell in einen offenen handelspolitischen Gegensatz mündeten, der durch die deutsche Haltung in der Schuldenfrage eine erhebliche Verschärfung erfuhr. So wurde die mit der

Kündigung des Handelsvertrages (der Mitte 1935 ohne sein Kernstück, der Meistbegünstigung im Warenverkehr, verlängert wurde) zeitlich zusammenfallende Beschränkung des Zinsendienstes für Kapitalschulden, insbesondere für die Dawes- und Younganleihen, von den USA als „planmäßiges Vorgehen und als einseitige Diskriminierung amerikanischer Interessen aufgefaßt“.³³ Namentlich die von der Reichsregierung praktizierte Verknüpfung der Schuldenfrage mit handelspolitischen Zielsetzungen stieß in den USA auf erbitterten Widerstand. So erblickte die Washingtoner Regierung in der von der Reichsregierung praktizierten Bevorzugung der Gläubiger Hollands und der Schweiz eine Bedrohung ihrer auf formale Gleichstellung aller Partner ausgerichteten Politik.

Diese also auch im finanzpolitischen Bereich erkennbare prinzipielle Divergenz der deutschen und amerikanischen Außenwirtschaftskonzeptionen ist insbesondere von Angehörigen des State Department bei der Diskussion der handelspolitischen Vorstöße Berlins immer wieder hervorgehoben worden. Ob es gelingen würde, diese unterschiedlichen Außenwirtschaftsprogramme zu einer Kompromißlösung zu verschmelzen, bezeichnete der Vorsitzende der New Yorker „Foreign Policy Association“ dann unter dem Eindruck des amerikanischen Konjunkturrückschlags seit Mitte 1937 als eine zentrale Frage der amerikanischen Außenpolitik des Jahres 1938.³⁴

4. Economic Appeasement: Das amerikanische Konzept zur Eindämmung der nationalsozialistischen Expansion

Bei der Einschätzung der Möglichkeiten eines handelspolitischen Kompromisses Washingtons mit dem Dritten Reich wird man zu beachten haben, daß das Hullsche Außenwirtschaftsprogramm nicht nur ein essentieller Bestandteil der Rooseveltschen Krisentherapie, sondern zugleich ein wichtiges Instrument der Washingtoner Außenpolitik vor dem Kriegsausbruch war. Assistant Secretary of State Messersmith verwahrte sich gerade unter Hinweis auf die

große Bedeutung der amerikanischen Handelsvertragspolitik gegen die Behauptung, die USA verharrten in einer selbstgewählten Isolation und betrieben keine aktive Außenpolitik.³⁵ Mit ihrem Außenwirtschaftsprogramm leiste die amerikanische Regierung einen wichtigen Beitrag zum Abbau wirtschaftlicher Spannungen, so lautete die Argumentation, und die Lösung ökonomischer Probleme impliziere automatisch auch eine politische Entspannung, dadurch werde zugleich die Gefahr militärischer Konfrontationen erheblich reduziert. Diese Vorstellungen hat Außenminister Hull besonders pointiert vorgetragen: "There will not be military disarmament without economic appeasement", erklärte der Außenminister etwa im Februar 1938.³⁶ Das Weiße Haus bekannte sich in einer Presseerklärung ausdrücklich zu dieser Hullschen Konzeption: "... the promotion of peace through the finding of means for economic appeasement".³⁷

Es sei „nicht überraschend“, kommentierte der deutsche Geschäftsträger, Hans Thomsen, die amerikanische Außenpolitik, daß Außenminister Hull an die „Doktrin glaubt, daß alle politischen Probleme von der wirtschaftlichen Seite her lösbar“ seien; diese „Präponderanz des Wirtschaftlichen über das Politische“ ergebe sich aus der „Verflechtung des amerikanischen Handels mit der ganzen Welt“. Der Wohlstand der USA beruhe „trotz weitgehender Selbstversorgung ganz wesentlich auf den wirtschaftlichen Beziehungen Amerikas zu den übrigen Mächten“, weshalb eine „Isolation Amerikas vom übrigen Weltgeschehen nicht möglich“ sei, denn „jede Veränderung im politischen und damit auch im wirtschaftlichen Feld berührt amerikanische Interessen“. Das „natürliche Interesse“ Washingtons liege daher in der „möglichst weitgehenden Förderung des internationalen Handels und in der Erhaltung des Friedens. Beide Interessen hält es durch die totalitären Mächte für bedroht.“ Daher sei die Washingtoner Politik „zwangsläufig darauf gerichtet“, den „Vormarsch der totalitären Staaten zu einer Machtstellung aufzuhalten, die entscheidende Bedeutung bekommen könnte“. Diese vorzügliche Analyse bestätigt, in welchem großem Maße die Hullsche Außenwirtschaftskonzeption auch als Instrument der Außenpolitik zu verstehen ist.

Allerdings unterscheidet sich das amerikanische Konzept des "economic appeasement" grundlegend von der britischen Vorstellung eines "economic appeasement". Während die Londoner Deutschlandpolitik aus binnenwirtschaftlichen Gründen einen wirtschaftspolitischen Kompromiß mit dem nationalsozialistischen Regime in der Hoffnung anstrebte, damit auch einen Beitrag zur politischen Entspannung zu leisten,³⁹ setzten sich im State Department diejenigen Kräfte durch, die gegenüber Deutschland aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen eine kompromißlose Haltung befürworteten und die Voraussetzungen eines "economic appeasement" allein nach den Bedingungen des neuen Washingtoner Außenwirtschaftsprogramms erzwingen wollten. Die Ende 1937/Anfang 1938 im State Department geführte Debatte über die Washingtoner Deutschlandpolitik läßt den fundamentalen Unterschied in der britischen und amerikanischen Strategie klar erkennen. Anlaß für diese internen Überlegungen waren die Versuche des nationalsozialistischen Regimes, mit den USA zu einem handelspolitischen Arrangement zu gelangen.

Berlin hatte im Oktober 1937 den USA erneut einen handelspolitischen Modus vivendi offensichtlich in der Hoffnung vorgeschlagen, Washington werde unter dem Eindruck des Konjunkturrückschlags seit Mitte 1937 eher zum Einlenken bereit sein. Die aus einem handelspolitischen Arrangement auch für die USA zu erwartenden kurzfristigen ökonomischen Vorteile sind dann innerhalb des State Department auch zur Debatte gestellt worden.⁴⁰ Im Interesse der amerikanischen Wirtschaft, der an einer weiteren Schrumpfung des Warenaustausches nicht gelegen sein könne, forderte die Handelsvertragsabteilung eine handelspolitische Verständigung mit Deutschland. Ein solcher Schritt sei auch deshalb notwendig, weil die Ausweitung des amerikanischen Handelsvertragsprogramms Berlin zunehmend das Gefühl einer ökonomischen Einkreisung vermitteln inüsse. Ökonomischer Druck könne aber nicht das Ziel des amerikanischen Handelsvertragsprogramms sein, wenn es von Washington als Instrument zum Abbau wirtschaftlicher Spannungen verstanden werde. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß die fortschreitenden Autarkietendenzen in Deutschland

der Berliner Regierung eine Rückkehr zu einer liberalen Außenwirtschaftspolitik zunehmend erschweren müßten. Die hier zur Diskussion gestellte Kompromißbereitschaft entsprach zwar auch den Vorstellungen zahlreicher Wirtschaftsführer, die ungeachtet der ideologischen und politischen Differenzen mit dem Dritten Reich für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit plädierten, die Befürworter eines harten Kurses vermochten sich jedoch schnell durchzusetzen. Politische und langfristige ökonomische Überlegungen standen hier im Mittelpunkt.

Eine handelspolitische Verständigung mit Deutschland, so argumentierte die Europaabteilung, würde die deutsche Aufrüstung und damit eine aggressive deutsche Außenpolitik eher begünstigen als hemmen. Demgegenüber stelle der Ausschluß des nationalsozialistischen Deutschland vom amerikanischen Handelsvertragsprogramm ein wirksames Mittel zur Eindämmung der nationalsozialistischen Expansionsbestrebungen dar. Die Bedeutung dieses außenpolitischen Instruments würde mit dem Abschluß weiterer Handelsverträge ständig zunehmen: "The development of our trade agreement program will automatically put economic pressure on Germany and in this we have a ready forged weapon in hand to induce Germany to meet general world trade and political sentiment".⁴¹ Besonders konsequent ist diese Konzeption von dem hervorragenden Deutschlandexperten Messersmith vertreten worden.⁴² Man dürfe in den USA nicht der Illusion erliegen, daß Deutschland überhaupt Konzessionen machen könne. Denn bereits durch kleinere handelspolitische Zugeständnisse würde das nationalsozialistische Regime sein gesamtes Kontroll- und damit Wirtschaftssystem gefährden. Es sei für Washington folglich nur dann sinnvoll, mit Berlin zu verhandeln, wenn sich in der deutschen Politik ein grundsätzlicher Kurswechsel vollzogen habe, da eine wirtschaftspolitische Verständigung mit Deutschland für die USA nur nach den Prinzipien des Washingtoner Außenwirtschaftsprogramms denkbar sei. Schon Verhandlungen mit Deutschland würden die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Außenwirtschaftsprogramms unterminieren und damit langfristig dessen ökonomischen und politischen Erfolg gefährden. Messersmith hat wieder-

holt – und im Zusammenhang mit der Konferenz von München besonders nachdrücklich – die Auffassung formuliert, daß handelspolitische Konzessionen es dem NS-Regime letztlich nur erleichtern würden, die Hegemonialstellung in Europa zu erringen; eine solche Vormachtstellung in Europa werde es Hitler schließlich ermöglichen, auch seine Weltherrschaftspläne zu realisieren. Demgegenüber gebe ein harter Kurs die Möglichkeit, das nationalsozialistische Deutschland ökonomisch und politisch zu schwächen und damit der nationalsozialistischen Expansion zu begegnen.

Ähnlich argumentierte übrigens auch Heinrich Brüning, wenn er die amerikanische Regierung beschwor, aus politischen Gründen an der 1934 inaugurierten Handelsvertragspolitik festzuhalten: Wenn das NS-Regime aufgrund ökonomischen Drucks gezwungen sein werde, sein gegenwärtiges Wirtschaftssystem grundlegend umzuwandeln, erläuterte der frühere Reichskanzler im Januar 1938 gegenüber Messersmith, dann stünden in Deutschland Menschen bereit, um auch die notwendigen politischen Veränderungen herbeizuführen.⁴³

Die politisch-ökonomische Doppelfunktion der amerikanischen Handelsvertragspolitik manifestiert sich am deutlichsten im englisch-amerikanischen Handelsvertrag vom November 1938. Die wirtschaftliche Bedeutung des Vertrages ergibt sich schon aus der Handelsbilanz der Vertragspartner: etwa ein Drittel der Weltimporte entfiel im Jahr 1936 allein auf England und die Vereinigten Staaten (zwei Fünftel einschließlich Empire). 1937 gingen 41 % aller amerikanischen Exporte nach England und in die Länder des Empire. Zugleich war der Abschluß des Vertrages mit England ein wichtiger prinzipieller Erfolg der Hullschen Außenwirtschaftskonzeption. Angesichts seiner großen ökonomischen Bedeutung mußte der Handelsvertrag zwangsläufig auch die außenwirtschaftlichen Interessen des Dritten Reiches berühren. Bereits im März 1938 war Deutschland „geographisch durch die Hull'sche Handelspolitik nahezu völlig eingekreist“, wie das Auswärtige Amt resignierend feststellte.⁴⁴

Der englisch-amerikanische Handelsvertrag ist in London und Washington zugleich auch als wichtiger außenpolitischer Schritt

bewertet worden. Führende Angehörige des State Department haben den Vertrag sogar als Kernstück amerikanischer Außenpolitik bezeichnet. Außenminister Hull sah in dem Vertragswerk ein wichtiges Mittel, um vor allem der deutschen Expansion zu begegnen. Unter Hinweis auf die europäische Entwicklung vertrat Hull gegenüber dem britischen Botschafter, Lindsay, die Auffassung "that much more important than all that has been said and done to promote and preserve peace in Europe during recent months would be the announcement of a trade agreement between Great Britain and this country, to say nothing of a further trade agreement between Canada and this country, and it was my profound feeling that such agreements would go further to stabilize both the economic and political or peace conditions in Europe by far than any other single development".⁴⁵ Für die Londoner Regierung stand die politische Bedeutung des Handelsvertrages sogar ganz im Mittelpunkt. So kam das britische Kabinett im Juli 1938 überein "to place on record the importance that they attached, from a political and international point of view, to the conclusion of a Trade Agreement with the United States".⁴⁶ Die unveröffentlichten Akten des Londoner Foreign Office lassen diese politische Komponente besonders deutlich erkennen.

Die außenpolitische Tragweite des englisch-amerikanischen Handelsvertrages ist auf deutscher Seite klar rezipiert worden. So hatte etwa Botschaftsrat Thomsen kurz vor Abschluß des Vertrages auf dessen „über das Wirtschaftliche weit hinausgehende Bedeutung“ verwiesen. Die Regierung der USA habe sich lange gehütet, die „Grenzlinie zwischen handelspolitischen und rein politischen Unterhandlungen zu überschreiten“, kommentierte der nationalsozialistische Publizist Giselher Wirsing, jetzt sei Washington jedoch in eine „offene Bündnispolitik eingeschwenkt“, man habe lediglich vermieden, „dem Kind seinen wahren Namen zu geben“. Vor allem in wirtschaftswissenschaftlichen Analysen wurde der Vertrag als „Instrument der hohen Politik“, als „Symbol der amerikanisch-englischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten“, interpretiert.⁴⁷ Die Reichsregierung legte jedoch großen Wert darauf, diese politischen Implikationen in der breiteren Öffentlichkeit nicht zu disku-

tieren, damit nicht der Eindruck entstehe, Berlin sehe sich einer englisch-amerikanischen Front gegenüber. So war bereits im November 1937 an die Presse die Weisung ergangen, der bevorstehende Handelsvertrag dürfe „trotz seiner großen Bedeutung nicht zum Anlaß von Kombinationen über einen engeren politischen Zusammenschluß der westlichen Demokratien genommen werden“. Nach Vertragsabschluß wurde der Presse auf Anregung des auswärtigen Amtes noch einmal ausdrücklich verboten, gegen den Vertrag „zu polemisieren, um nicht den Eindruck zu erwecken, als betrachteten wir das als einen Sieg der Demokratien“. Vertraulich wurden die Pressevertreter allerdings von der Regierung bereits im Juni 1938 unterrichtet, daß die „politische Parallelität“ zwischen London und Washington schon Realität sei.⁴⁸

Mit der im Handelsvertrag sichtbar gewordenen außenpolitischen Annäherung der USA an Großbritannien reagierte Washington offensiv auf die sich zunächst primär im ökonomischen Bereich entwickelnde Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland. Die Gefährdung vitaler amerikanischer Interessen war zunächst das Ergebnis der deutschen Außenwirtschaftspolitik; mit der von Hitler eingeleiteten offenen Expansionspolitik seit 1938 erhielt diese ökonomische Konfrontation für Washington eine immer bedrohlichere Dimension.

5. Der ideologisch-politische Gegensatz

Der sich zunächst im ökonomischen Bereich manifestierende Gegensatz zwischen dem Dritten Reich und den USA wurde durch ideologische Konflikte verschärft, wie sie etwa aus der Tätigkeit nationalsozialistischer Gruppen in den USA resultierten.⁴⁹ Die Versuche des „Bundes der Freunde des Neuen Deutschland“ und seiner Nachfolgeorganisation (seit 1936) „Amerikadeutscher Volksbund“, das Deutschtum in den USA gleichzuschalten und es zum Vehikel nationalsozialistischer Außenpolitik zu machen, blieben letztlich Wunschenken einiger nationalsozialistischer Aktivisten. Dennoch führte das lautstarke Auftreten des „Bundes“ in der zweiten Hälfte der 30er Jahre zu einer Belastung der deutsch-amerikani-

schen Beziehungen. Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Gilbert, äußerte Ende 1937 seine Besorgnis über die „empfindlichen und störenden Rückwirkungen“ auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen, welche von dem Verhalten der Deutschen in den Vereinigten Staaten ausgingen. Gesteigert würde diese „Unruhe“ in den USA durch „Umzüge von Deutschen in braunen Uniformen, durch antidemokratische Äußerungen“ sowie durch „angeblich von Berlin aus versandte Fragebogen über die Privatverhältnisse der deutschen Staatsangehörigen“. Angesichts dieser negativen Auswirkungen nationalsozialistischer Agitation in den USA auf die Beziehungen Berlin-Washington sah sich die Reichsregierung Anfang 1938 genötigt, vom „Bund“ offiziell abzurücken, um so der amerikanischen Öffentlichkeit und der Regierung in Washington zu demonstrieren, wie sehr sich Deutschland bemühe, die an sich „unbefriedigenden Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu verbessern“.⁵⁰ Freilich bedeutete dieser Schritt weder einen völligen Verzicht Berlins auf eine Deutschtumsarbeit in den USA noch eine Beendigung deutscher Propagandaaktionen. In den USA wurde der „Bund“ dann auch weiterhin als ein vom Dritten Reich gelenktes Propagandainstrument verurteilt.

Außerdem wurden die innenpolitischen Zwangsmaßnahmen des NS-Regimes Ende der 30er Jahre von führenden amerikanischen Politikern zunehmend auch in der Öffentlichkeit kritisiert. Erster Höhepunkt dieser Entwicklung war die Reaktion Roosevelts auf die nationalsozialistischen Judenpogrome vom November 1938. Der amerikanische Missionschef in Berlin, Wilson, wurde zur Berichterstattung nach Washington zurückgerufen (er kehrte auf seinen Posten nicht mehr zurück), und der Präsident erklärte öffentlich: „The news of the past few days from Germany has deeply shocked public opinion in the United States. . . . I myself could scarcely believe that such things could occur in a twentieth-century civilization“.⁵¹ Diese entschiedene Stellungnahme Roosevelts in der Öffentlichkeit erfolgte allerdings zu einem Zeitpunkt, als die Grundsatzentscheidungen über die Deutschlandpolitik gefallen waren und Deutschland hinreichend demonstriert hatte, daß es gegenüber den

USA zu Konzessionen im ökonomischen Bereich nicht bereit war. Die Reichsregierung reagierte auf den Rooseveltischen Schritt, indem sie ihren Botschafter, Dieckhoff, ebenfalls zur Berichterstattung nach Deutschland zurückrief. An einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen war jedoch beiden Seiten nicht gelegen. Die Experten der Wilhelmstraße befürchteten, daß die USA in einem solchen Falle ihren ökonomischen Druck auf Deutschland noch verstärken könnten und damit insbesondere auch die deutschen Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika treffen würden. Demgegenüber wollte man sich in Washington die völkerrechtliche Basis zur Wahrnehmung amerikanischer Interessen in Deutschland erhalten.

Formell blieben die diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Washington also bestehen. Ansätze für eine Milderung des ideologischen Gegensatzes und der zunehmend auch ideologisierten ökonomischen Konfrontation hat es nicht mehr gegeben. Im Gegenteil: Die nationalsozialistische Publizistik, die sich bis ins Jahr 1938 hinein bemüht zeigte, in kritischen Amerikakomentaren Roosevelt und Hull nach Möglichkeit nicht persönlich anzugreifen, sah sich jetzt veranlaßt „etwas Fraktur zu reden“, wie Goebbels im Völkischen Beobachter formulierte.⁵² Die Roosevelt zugeschriebene, von ihm allerdings dementierte Äußerung, die amerikanischen Grenzen lägen am Rhein, benutzte die nationalsozialistische Propaganda zu energischen Angriffen auf den Präsidenten. Am 20. Februar erhielt die Presse dann die Anweisung, „den Wahnsinn der Rooseveltischen Panikpolitik zu unterstreichen und immer wieder darauf hinzuweisen, daß er es eigentlich sei, der offensichtlich Europa nicht zum Frieden kommen lassen wolle“.⁵³

Den deutschen Einmarsch in Prag beantwortete Washington mit ökonomischen Repressalien (der Erhebung von Zuschlagzöllen auf deutsche Waren). Den Angriff Italiens auf Albanien nahm Roosevelt zum Anlaß, an Hitler und Mussolini einen Friedensappell zu richten, dem Hitler in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939 jedoch eine klare Absage erteilte, indem er den amerikanischen Präsidenten gleichzeitig lächerlich zu machen suchte. Hitler verwahrte sich gegen die „Einmischung“ Roosevelts in die Außenpoli-

tik der Achsenmächte Deutschland und Italien. Mit demselben Recht könne von deutscher Seite an den „Herrn Präsidenten der amerikanischen Republik“ die Frage gerichtet werden, welche Ziele die Washingtoner Politik beispielsweise in Mittel- und Südamerika verfolgte, doch werde sich Roosevelt dann sicher auf die Monroe-Doktrin berufen und gegen die „Einmischung in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents“ verwahren. „Genau die gleiche Doktrin“ beanspruchte Hitler für Europa, „auf alle Fälle aber für den Bereich und die Belange des Großdeutschen Reiches“. ⁵⁴ Mit dieser kompromißlosen Reaktion Hitlers auf den Rooseveltschen Friedensappell hatten die Spannungen zwischen Berlin und Washington im Frühjahr 1939 ihren „Höhepunkt“ erreicht. ⁵⁵

6. Vom deutschen Angriff auf Polen bis zum Kriegseintritt der USA

Trotz der ökonomischen, ideologischen und politischen Konfrontation zwischen Berlin und Washington fand der Faktor Amerika allerdings bei den Vorbereitungen für den Angriff auf Polen in den strategischen Überlegungen Berlins kaum Berücksichtigung. Das dürfte in erster Linie mit Hitlers Blitzkriegskonzeption zu erklären sein. Ein schneller Sieg über Polen ließ es nicht als notwendig erscheinen, das strategische Potential der USA in die Planungen einzubeziehen. Überdies ging Hitler von der Prämisse aus, England werde auch diesmal abseits stehen und die von Hitler anvisierte Lokalisierung des deutschen Polenfeldzuges tolerieren. Diesem politischen Kalkül wurden auch die USA unterworfen, deren Deutschlandpolitik offensichtlich als Funktion der Londoner Politik interpretiert wurde. ⁵⁶

Bei einer derartigen Analyse war es selbstverständlich, daß die von Roosevelt beeinflusste Entscheidung der britischen Regierung, einer weiteren deutschen Expansion entschiedener zu begegnen, Berlin zwingen mußte, auch die Rolle der USA zu überdenken. Die Kriegserklärung Englands und Frankreichs vom 3. September 1939

markiert insofern gerade auch in bezug auf die USA einen wichtigen Wendepunkt in den strategischen Überlegungen Hitlers. Mochte Hitler lange der Illusion erlegen sein, er könne den Ausbau der deutschen Hegemonialstellung in Europa vollenden, während die USA als „der fixierte Hauptgegner der ferneren Zukunft“ abseits bleiben würden, seit der britischen Kriegserklärung war auch eine kurzfristige Einbeziehung des Faktors Amerika in die strategischen Überlegungen notwendig. ⁵⁷ Das hatte wiederum eine entscheidende Rückwirkung auf die Kriegsführung in Europa. Der „immer wieder anklingende drohende Ton der Telegramme, Noten und Anfragen des Herrn Roosevelt“, erläuterte Hitler gegenüber Mussolini, sei „Grund genug“, um „vorsorglicherweise so schnell wie möglich das Ende des Krieges herbeizuführen“. Im Dezember 1940 gelangte Hitler zu der Auffassung, daß „wir 1941 alle kontinental-europäischen Probleme lösen müßten“, da die USA ab 1942 „in der Lage wären, einzugreifen“. ⁵⁸

Aus Hitlers Sicht war es nur konsequent zu versuchen, den Kriegseintritt der USA soweit wie möglich hinauszuschieben, bzw. ein vorzeitiges militärisches Eingreifen nicht zu provozieren. Diesem Ziel suchte Berlin auf mehrfache Weise zu entsprechen. So wurde die deutsche Propagandatätigkeit in den USA ganz darauf abgestellt, die isolationistischen Tendenzen in den USA zu stärken. Höhepunkte dieser Entwicklung waren die Versuche zur Beeinflussung des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes von 1940 und die Unterstützung des Ende 1940 gegründeten „America First Committee“. ⁵⁹ Freilich waren diese Bemühungen von einer grotesken Überschätzung isolationistischer Impulse auf die Formulierung der Washingtoner Außenpolitik gekennzeichnet und letztlich wirkungslos. Größeres Gewicht kam in diesem Kontext Hitlers Politik der Konfliktvermeidung zu. Hier sind insbesondere die Restriktionen zu erwähnen, die Hitler der deutschen Seekriegsleitung auferlegte, um Zwischenfälle, die den USA einen Anlaß zur Intervention hätten bieten können, unbedingt zu vermeiden. Im Gesamtrahmen dieser Politik gegenüber den USA mußte Hitler daran gelegen sein, auch im diplomatischen Bereich vorsichtig zu taktieren. So hat er sich gegen die verschiedenen amerikanischen Friedenssondierun-

gen, wie beispielsweise die Mission von Under Secretary of State Sumner Welles, nicht von vornherein prinzipiell gesperrt. Neuere Forschungen lassen allerdings keinen Zweifel daran, daß die verschiedenen diplomatischen Kontakte zwischen Berlin und Washington eine reale Erfolgchance nicht gehabt haben, da Roosevelt wie Hitler nicht bereit waren, ihre Zielsetzungen zu modifizieren: Während Hitler an seinen Kriegszielen festhielt, war Roosevelt keinesfalls bereit, eine nationalsozialistische Hegemonialstellung in Europa zu tolerieren.

Zu der auf die Vermeidung von Konflikten abgestellten Politik gegenüber den USA trat seit dem Frühjahr 1941 allerdings eine gegenläufige Tendenz: Als Hitler trotz des Bündnisses mit Japan fürchten mußte, Japan könne sich einer militärischen Auseinandersetzung mit den USA entziehen, sah er sich nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der stagnierenden Offensive im Osten veranlaßt, Tokio zu einem Kollisionskurs mit den USA zu drängen. Hier offenbart sich eine innere Widersprüchlichkeit der Hitlerschen Konzeption, derzufolge vor der Auseinandersetzung mit den USA die Beherrschung Kontinentaleuropas realisiert sein sollte, denn mit der Intensivierung der Japanpolitik hatte Hitler die Genesis jener Konstellation beschleunigt, in der sich das Potential der USA voll gegen Deutschland richtete und die Niederlage unausweichlich machte.

Allerdings wird man in diesem Zusammenhang die Bedeutung Japans nicht überschätzen dürfen, denn die USA hätten die Niederwerfung Kontinentaleuropas keinesfalls abgewartet, wie es dem Hitlerschen Programm entsprach. Hitler mochte „bei der für sein politisches Denken kennzeichnenden Gleichsetzung von politischen und territorialen Interessen in jeder Großmachtpolitik“ davon ausgehen, daß die Etablierung deutscher Herrschaft über Kontinentaleuropa „keine Überschneidung deutscher mit britischen und amerikanischen Interessen“ implizierte,⁶⁰ für Washington war die Bedrohung vitaler amerikanischer Interessen durch das nationalsozialistische Deutschland jedoch bereits seit Mitte der 30er Jahre Realität. Besonders deutlich läßt sich das an der Reaktion der USA auf die deutsche wirtschaftliche Durchdringung Lateinamerikas ablesen.

7. Die deutsch-amerikanische Rivalität in Lateinamerika

Die lateinamerikanischen Staaten waren seit 1934 vor allem aus ökonomischen Gründen stärker als zuvor in das Blickfeld der Berliner Diplomatie gerückt. Insbesondere wegen des gestiegenen deutschen Rohstoffbedarfs schien der Reichsregierung eine Wiederbelebung des im Verlauf der Weltwirtschaftskrise gesunkenen deutschen Warenaustausches mit Lateinamerika (um 75% im Jahre 1932 gegenüber 1929) dringend geboten. Auftakt der von der historischen Forschung lange kaum beachteten wirtschaftlichen Durchdringung Lateinamerikas seit 1934/35 war die Entsendung der „Deutschen Handelsdelegation für Südamerika“ mit der Hauptaufgabe, den devisenfreien Import von Rohstoffen aus Südamerika zu sichern. Ungeachtet aller Schwierigkeiten in Einzelfragen gelang es der Delegation, die während ihrer siebenmonatigen Reise sämtliche südamerikanischen Staaten außer Bolivien und Paraguay besuchte, die Widerstände der Verhandlungspartner gegen einen devisenfreien Warenaustausch zu überwinden. Hervorzuheben ist insbesondere der Abschluß von Handelsverträgen oder Zentralbankvereinbarungen mit Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, die den devisenfreien Bezug lebenswichtiger Rohstoffe ermöglichten. Die Handelsbeziehungen zu den übrigen lateinamerikanischen Staaten wurden Ende 1934 mit der Einführung des sogenannten „Ausländeronderkontos“ durch Erlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung von deutscher Seite autonom geregelt. Der Delegationsleiter, Gesandter Otto Kiep, hielt es angesichts dieser Neuregelungen im Warenaustausch mit Lateinamerika sogar für möglich, statt des bisherigen deutschen Devisenaufwands (300 bis 400 Millionen Reichsmark pro Jahr), durch zusätzliche deutsche Exporte einen Devisenüberschuß erwirtschaften zu können. Zu diesen handelspolitischen Erfolgen kam ein gewisser propagandistischer Effekt: So hatte die Delegation „den Eindruck gewonnen, daß ihre Entsendung überall in den beteiligten Ländern als Auszeichnung und als Ausdruck der freundschaftlichen Einstellung der deutschen Politik ihnen gegenüber gewertet wurde“.

Die mit der Rundreise der deutschen Handelsdelegation inaugurierte „neue deutsche Südamerikapolitik“ wurde bereits Mitte 1935 in der Wilhelmstraße eingehend analysiert.⁶¹ Unter Hinweis auf die schon zu diesem Zeitpunkt erkennbaren deutschen Exporterfolge und die dadurch geschaffenen Möglichkeiten des devisa-losen Kaufs wichtiger Rohstoffe (Baumwolle, Wolle, Leinsaat, Felle, Ölkuchen, Rohtabak, Kakao) konnte das Auswärtige Amt völlig zu Recht feststellen, „daß sich Verrechnungssystem und -Methoden gegenüber Südamerika gut bewährt haben“. Besonders der Vergleich des deutsch-südamerikanischen Warenverkehrs mit der Entwicklung des gesamten deutschen Außenhandels verdeutlicht die geradezu spektakulären Erfolge der deutschen Wirtschaftsdiplomatie in Lateinamerika: Während die deutsche Gesamteinfuhr im Jahr 1935 gegenüber dem Vorjahr um 6,57% zurückging, stieg die Einfuhr aus Südamerika im gleichen Zeitraum um 37,48%. Dem Zuwachs der deutschen Gesamtausfuhr von 2,47% stand eine Ausweitung der Exporte nach Südamerika von 45,31% gegenüber. Daß es sich hier um einen für Deutschland bedeutenden außerwirtschaftlichen Vorgang handelt, beweist der Anteil Südamerikas am gesamten deutschen Außenhandel: er hatte sich bereits im Jahre 1935 auf 9,40% gegenüber 5,23% im Jahre 1932 erhöht. Bei der Einschätzung der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der deutsch-südamerikanischen Handelsbeziehungen vertrat Hans Kroll (Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes für südamerikanische Wirtschaftsfragen) die Auffassung, daß „es bei elastischer Taktik und geschicktem und planvollem Einsatz der deutschen Kaufkraft und deutschen Kaufbereitschaft sowie der an der Fortführung dieser Politik interessierten südamerikanischen Interessenskreise gelingen sollte, zu einer Verlängerung der geltenden Abkommen und der Fortführung unserer handelspolitischen Beziehungen zu Südamerika auf der Grundlage der Verrechnung zu kommen“.

Die mit der Bildung der „Deutschen Handelsdelegation für Südamerika“ eingeleitete deutsche Exportoffensive mußte zwangsläufig zu einer Interessenkollision mit den Vereinigten Staaten führen, denn die Washingtoner Lateinamerikapolitik verfolgte ebenfalls primär wirtschaftliche Ziele. Die mit dem Namen von Präsident

Roosevelt verknüpfte Good Neighbor Policy bedeutete lediglich einen Methodenwandel der traditionell von ökonomischen Zielsetzungen bestimmten Lateinamerikapolitik der USA. Daher wurde die deutsche Wirtschaftsoffensive in Lateinamerika in den USA von Anfang an mit größtem Mißtrauen verfolgt. Zunächst schlug sich das in zahlreichen Protestschreiben von Exporteuren und Exportorganisationen an das State Department und das Commerce Department nieder. Diese Proteste richteten sich in erster Linie gegen die Methoden der deutschen Außenwirtschaftspolitik, die durch Exportsubventionen, eine selektive Abwertung der Verrechnungsmark, Kompensationsgeschäfte und überhöhte Preise für lateinamerikanische Rohstoffe die nordamerikanische Konkurrenz auf den Märkten Süd- und Mittelamerikas häufig ausschalten konnte. Eine in der Lateinamerikaabteilung des State Department 1936 erstellte Analyse der deutschen Exportoffensive in Mittel- und Südamerika ließ bereits für das Jahr 1935 das volle Ausmaß der erfolgreichen Konkurrenz mit nordamerikanischen Exportprodukten erkennen: „This analysis shows that in 1935 only in Peru and in three comparatively ‘sheltered’ markets, Cuba, Mexico and Panama, did United States exports keep pace with Germany’s exports, while in the other 14 Republics under consideration United States trade either declined absolutely or relatively (or both) vis-à-vis Germany.“ Die entsprechenden Vergleichszahlen für 1936 zeigten eine weitere Verschärfung der deutsch-amerikanischen ökonomischen Rivalität in Lateinamerika. So gelang es der deutschen Wirtschaftsdiplomatie sowohl in Brasilien als auch in Chile, bei den Importanteilen den ersten Platz zu erringen, eine Position, die zuvor die USA innegehabt hatten. Angesichts der traditionell starken Position Englands in Argentinien bedeutete das deutsche Vordringen in Brasilien und Chile, daß die USA im Jahre 1936 in allen drei ABC-Staaten handelspolitisch auf den zweiten Platz verwiesen wurden.

Dieser bereits Mitte der 30er Jahre ausgeprägten handelspolitischen Konfrontation zwischen Berlin und Washington in Lateinamerika kommt deshalb eine so große ökonomische und auch politische Bedeutung zu, weil die Regierung Roosevelt, wie bereits dargelegt wurde, die Überwindung der Depression als zentrale

politische Aufgabe ansah, die auch durch Einbeziehung der Außenmärkte gelöst werden sollte. Den lateinamerikanischen Märkten kam im Washingtoner Kalkül traditionell eine hervorragende Rolle zu. Wegen der politischen Entwicklung in Europa und Asien seit Mitte der 30er Jahre wurde diese Bedeutung Lateinamerikas für die USA noch weiter verstärkt. Deshalb hatte die Hulsche Handelsvertragspolitik hier auch einen Schwerpunkt. Die deutsche Wirtschaftsoffensive stellte einmal Washingtons Open Door Empire in Lateinamerika grundlegend in Frage. Zum anderen unterminierte die „neue deutsche Südamerikapolitik“ nicht nur das Washingtoner Außenwirtschaftskonzept, sondern in ihren Rückwirkungen auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung der USA die Rooseveltsche Krisentherapie: „Every blow at our foreign trade is a direct thrust at our economic and social life“, so hat ein Angehöriger des State Department die von der deutschen Lateinamerikapolitik ausgehende Bedrohung für die USA prägnant formuliert.⁶²

Das erklärt die Entschlossenheit, mit der die Washingtoner Diplomatie der deutschen Konkurrenz zu begegnen suchte. Die deutschen Missionen in den lateinamerikanischen Ländern berichteten dann auch laufend über den „Wirtschaftsdruck“ Washingtons, den Kampf der Vereinigten Staaten „gegen die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands“, und sie ließen keinen Zweifel daran, daß „Nordamerika handelspolitisch sehr scharf gegen Deutschland drückt“. Es fehle nicht an Anhaltspunkten, berichtete der deutsche Missionschef in Mexiko, daß die „Botschaft und der Handelskommissar der Vereinigten Staaten mit allen Mitteln gegen uns arbeiten“, und der deutsche Geschäftsträger in Washington meldete ebenfalls einen „Druck“ der USA gegen den deutschen Verrechnungsverkehr mit Lateinamerika. Das Auswärtige Amt verwies zusammenfassend auf die „planmäßige Aktion der Vereinigten Staaten gegen die handelspolitische Stellung Deutschlands in Süd- und Mittelamerika“. Der „Abwehrkampf“ gegen diese Politik müsse mit allen Kräften aufgenommen werden, wenn die „in den letzten Jahren in Süd- und Mittelamerika erzielten handelspolitischen Fortschritte nicht wieder verloren gehen sollen“.⁶³

Die sich an binnenwirtschaftlichen Notwendigkeiten orientie-

rende ökonomische Durchdringung Lateinamerikas ist vom Auswärtigen Amt und vom Reichswirtschaftsministerium in ständiger interner Auseinandersetzung mit der Auslandsorganisation der NSDAP konsequent durchgehalten worden. Ungeachtet der aus der Tätigkeit der Auslandsorganisation der NSDAP sich ergebenden außenpolitischen Schwierigkeiten, das gilt vor allem für das deutsch-brasilianische Verhältnis, erwies sich die deutsche Wirtschaftsdiplomatie in Lateinamerika als überaus erfolgreich; das spiegelt sich in der Statistik klar wieder: Im Jahre 1938 waren die lateinamerikanischen Staaten mit knapp 15% an der deutschen Gesamteinfuhr beteiligt, der entsprechende Anteil Südosteuropas betrug demgegenüber nur etwa 10%. Unter dem Eindruck dieser Erfolge stellte Hitler im Januar 1939 mit Genugtuung fest: „Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den südamerikanischen Staaten sind erfreulich und erfahren eine sich steigernde wirtschaftliche Belebung.“ Im Hinblick auf die Bedeutung Lateinamerikas für die deutsche Wirtschaft verwahrte sich Hitler gegen jede „Einmischung“ in deutsche Angelegenheiten: „Ob Deutschland zum Beispiel mit süd- oder zentralamerikanischen Staaten wirtschaftliche Beziehungen aufrechterhält und Geschäfte betätigt, geht außer diesen Staaten und uns niemand etwas an. Deutschland ist jedenfalls ein souveränes und großes Reich und untersteht nicht der Beaufsichtigung amerikanischer Politiker“.⁶⁴

Die in einer umfangreichen Analyse des State Department vom Juni 1938 formulierte Hoffnung, die deutsche Wirtschaftsoffensive in Lateinamerika werde sich abschwächen, erwies sich als Illusion. Die ökonomische Konfrontation blieb mithin auch in der zweiten Hälfte der 30er Jahre die entscheidende Komponente der deutsch-amerikanischen Rivalität in Lateinamerika. Hinzu kam jetzt jedoch eine ideologische Frontstellung, die sich in erster Linie aus der Propagandatätigkeit der Auslandsorganisation der NSDAP ergab. Seit Ende der 30er Jahre wurde die deutsche wirtschaftliche Durchdringung Lateinamerikas in Washington auch unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten beurteilt. Neuere Forschungen haben zwar weder Belege für die Tätigkeit einer deutschen 5. Kolonne noch Pläne für militärische Operationen in Lateinamerika zu Tage geför-

dert, entscheidend ist jedoch, daß die sich primär im ökonomischen Bereich manifestierende deutsch-amerikanische Konfrontation in Lateinamerika in der subjektiven Einschätzung vor allem der Öffentlichkeit der USA auch als ideologische und militärische Bedrohung der Westlichen Hemisphäre interpretiert wurde.⁶⁵

Nach dem Kriegsausbruch in Europa war der Warenaustausch mit Lateinamerika infolge der britischen Blockademaßnahmen praktisch unterbrochen, lediglich in Einzelfällen war es möglich, Lieferungen auf neutralen Schiffen durchzuführen. Mit diesem Ausfall des deutschen Marktes für lateinamerikanische Produkte war Berlin seines wichtigsten Instruments einer aktiven Lateinamerikapolitik beraubt. Die deutsche Seite sah sich daher gezwungen, durch diplomatische Schritte und Propagandaoffensiven die Attraktivität des deutschen Marktes dadurch aufrechtzuerhalten, daß ein schnelles Kriegsende suggeriert und die deutsche Absicht zu einer möglichst raschen Wiederaufnahme des Warenaustausches bekundet wurde. Um der nach Kriegsausbruch von den deutschen Missionen in Lateinamerika wiederholt erklärten Bereitwilligkeit, „die bisherigen Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten und – wenn möglich – zu vertiefen“, Nachdruck zu verleihen, hielt es auch das Reichswirtschaftsministerium für geboten, daß die vor Kriegsausbruch abgeschlossenen und noch nicht abgewickelten Ausfuhrgeschäfte „im Rahmen des irgendwie Möglichen durchgeführt werden“. Besonders gegenüber Argentinien und Brasilien sollte eine „Störung der deutschen politischen und handelspolitischen Bemühungen im Augenblick auf jeden Fall vermieden werden“. Der hohe Stellenwert Brasiliens im Kalkül des Auswärtigen Amtes manifestierte sich etwa in dem Bestreben der Wilhelmstraße, die 1937/38 mit der Regierung in Rio de Janeiro abgeschlossenen Waffenlieferungen wenigstens teilweise zu erfüllen.⁶⁶

Die militärischen Erfolge Hitlers in Europa und namentlich die Niederlage Frankreichs führten zu einer erneuten Intensivierung der Berliner Lateinamerikapolitik. „Der völlige Zusammenbruch der englischen Hoffnungen auf Unterstützung auf dem europäischen Kontinent“ ließ nach Auffassung von Außenminister Ribbentrop erwarten, daß sowohl England als auch die USA „ihre Arbeit gegen

Deutschland in Mittel- und Südamerika verstärken“ würden, dementsprechend müsse die deutsche „Abwehr“ gesteigert werden. Hier sah Ribbentrop in der wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands als Lieferant und Abnehmer „eindrucksvolle Argumente“, denn die „großen Vorteile, die schon vor dem Kriege der Handel mit Deutschland für die iberio-amerikanischen Staaten bot, könnten bei dem zu erwartenden gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches nach dem Kriege in ganz erheblichem Ausmaß erhöht werden“. Deutschland könne nach „Bevölkerungszahl und Aufnahme-fähigkeit den lateinamerikanischen Staaten einen größeren Absatzmarkt bieten als irgendein anderes Land und mit seinen gesteigerten Produktionsmöglichkeiten allen Bezugsbedürfnissen gerecht werden“.

Als Gegenlieferungen für den deutschen Rohstoffbedarf kamen insbesondere auch deutsche Rüstungslieferungen in Frage. Berlin legte daher „größten Wert darauf“, bei der künftigen Aufrüstung der südamerikanischen Länder weitgehend beteiligt zu werden. Deutschland werde nach Kriegsende „praktisch unbeschränkt lieferfähig sein und allen Wünschen hinsichtlich Waffen deutscher Erzeugung entsprechen können“, informierte die Wilhelmstraße einige ihrer Missionen in Südamerika im August 1940 und forderte sie auf, „sogleich über solche Lieferungen zu verhandeln“. Daß es sich hier um konkrete Planungen handelte, unterstreicht etwa die Tatsache, daß die Firma Krupp bereits die Führung des Lieferkonsortiums für Waffengeschäfte mit Argentinien übernommen hatte. Was die prinzipielle Verhandlungsführung anbelangte, so orientierte sich die deutsche Diplomatie weitgehend an den in den 30er Jahren erfolgreichen Methoden. Der „Absatzdruck“ der lateinamerikanischen Staaten wurde als „Hebel“ für die Vergabe von Aufträgen an Deutschland angesetzt. Die auf dem Hintergrund der militärischen Erfolge vom Sommer 1940 formulierten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und die mit einigen lateinamerikanischen Staaten geführten konkreten Verhandlungen lassen es fraglich erscheinen, ob die Konferenz von Havanna vom Juli 1940 wirklich schon „das Ende jedes wirksamen Einflusses des Reiches auf dem amerikanischen Kontinent“ bedeutete.⁶⁷

Allerdings wirkte sich die Fortdauer des Krieges immer stärker zugunsten der USA aus, worüber sich die deutsche Diplomatie auch im klaren war. Solange ein „baldiges Kriegsende nicht sicher“ sei, betonte die deutsche Botschaft in Rio de Janeiro, begünstigte ein „wachsender Absatzdruck zwangsläufig und ausschließlich nord-amerikanische Wirtschaftsabsichten“.⁶⁸ Im weiteren Verlauf des Krieges verlor die deutsche Politik in den lateinamerikanischen Staaten dann auch zunehmend an Glaubwürdigkeit, und Washington vermochte den Einfluß des Dritten Reiches in der Westlichen Hemisphäre schrittweise zu liquidieren. Der Kriegseintritt der USA machte vollends deutlich, daß es für die lateinamerikanischen Regierungen zur wirtschaftlichen und schließlich auch zur politischen Annäherung an die USA keine Alternative gegeben hat. Damit wurde es Washington möglich, auch Südamerika immer stärker in die militärisch-strategischen Abwehrmaßnahmen gegen das nationalsozialistische Deutschland einzubeziehen. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Entsendung brasilianischer Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz.

Wenngleich es der deutschen Politik nach Kriegsbeginn nicht gelang, an die spektakulären handelspolitischen Erfolge der 30er Jahre anzuknüpfen und sie sich im wesentlichen auf Propagandaaktionen beschränken mußte, so hat der auch nach dem Kriegsausbruch in Europa nicht aufgegebene Anspruch des Dritten Reiches auf eine wirtschaftliche Durchdringung Lateinamerikas den deutsch-amerikanischen Gegensatz weiter verschärft und politisch-militärische Gegenmaßnahmen der USA provoziert. Damit manifestiert sich auch in der deutschen Lateinamerikapolitik seit September 1939 eine gegenläufige Tendenz zu der erwähnten Hitlerschen Taktik der Konfliktvermeidung gegenüber den USA. Die bereits 1935/36 ausgeprägte deutsch-amerikanische Rivalität in Lateinamerika macht besonders deutlich, warum die Regierung Roosevelt eine deutsche Hegemonialstellung in Europa nicht akzeptieren würde und der nationalsozialistischen Expansion auch in Europa zu begegnen suchte. Allerdings vermochte die Washingtoner Diplomatie den Aufbau der deutschen Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent in den 30er Jahren nicht zu verhindern, wie vor

allem der Ausschluß der USA von der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft in Südosteuropa demonstriert.

8. Der Ausschluß der USA vom deutschen „Informal Empire“ in Südosteuropa

Seit Beginn der Weltwirtschaftskrise waren die südosteuropäischen Agrarstaaten aus wirtschaftlichen und politischen Gründen stärker als in der sogenannten Stabilisierungsphase in das Blickfeld der Berliner Außenpolitik gerückt. Das gilt in ganz besonderem Maße für das Kabinett Brüning. Mit wirtschaftlichen Mitteln, insbesondere mit dem Abschluß von Präferenzverträgen wünschte die Reichsregierung Südosteuropa ökonomisch und politisch an Deutschland zu binden, um auf diese Weise den französischen Einfluß im Donauraum zurückzudrängen. In ihrem Kern zielte die Brüningsche Politik auf die Schwächung des französischen Sicherheitssystems und die Etablierung eines deutschen „Informal Empire“ in Südosteuropa ab. Die Realisierung dieser Politik ist allerdings zunächst am Widerstand der USA gescheitert. Die Washingtoner Regierung war nicht bereit, auf ihre im deutsch-amerikanischen Handelsvertrag von 1923 festgelegten Meistbegünstigungsrechte zu verzichten. Die im Sommer 1931 mit Rumänien und Ungarn abgeschlossenen Präferenzverträge wurden daher nicht in Kraft gesetzt, denn die Reichsregierung war aus reparationspolitischen Erwägungen nicht bereit, einen handelspolitischen Konflikt mit den USA zu riskieren.

An die namentlich vom Kabinett Brüning konzipierte Südosteuropapolitik hat die nationalsozialistische Politik dann erfolgreich angeknüpft; Außenminister Neurath empfahl dem Kabinett im April 1933 eine wirtschaftliche und politische Doppelstrategie: Gerade angesichts der Tatsache, daß „über die Tschechoslowakei der politische Einfluß Frankreichs“ in Südosteuropa wieder gestärkt worden sei, müsse Berlin versuchen, „Rumänien und Jugoslawien in wirtschaftlicher Hinsicht zu unterstützen, einmal, um politischen Einfluß zu gewinnen, und ferner, um dieses wichtige Absatzgebiet

für unsere Ausfuhr zu erhalten“.⁶⁹ Im deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag vom 1. Mai 1934 fand diese Politik ihren sichtbaren Niederschlag. Die hier von der Reichsregierung dem Vertragspartner gewährten Präferenzen waren auch in den folgenden Jahren das entscheidende Vehikel zur wirtschaftlichen und politischen Durchdringung Südosteuropas.

Die deutsche Präferenzpolitik gegenüber Südosteuropa ist von den USA von Anfang an als Bedrohung des amerikanischen Meistbegünstigungsprinzips aufgefaßt worden. Bereits im September 1933, als Berlin bei der Kontingentierung deutscher Agrarimporte Jugoslawien bevorzugte und sich damit über die Meistbegünstigungsklausel des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags hinwegsetzte, zeigte sich Außenminister Hull sehr beunruhigt: es gehe hier nicht nur um die Benachteiligung eines bestimmten amerikanischen Exportsektors, sondern um die prinzipielle Gefährdung der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik. Im Mai 1934 beschäftigte sich Botschafter Luther mit der amerikanischen Reaktion auf die deutsche Präferenzpolitik gegenüber den südosteuropäischen Staaten. Innerhalb der amerikanischen Regierung spreche man bereits davon, daß die deutsche Handelspolitik darauf abziele, „die Staaten Mitteleuropas vor den deutschen Wirtschaftswagen zu spannen“. Zu dieser Beurteilung der deutschen Südosteuropapolitik hätte neben der Diskussion über den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag zum Teil auch die in der deutschen Presse „etwas überreichliche Verwendung des Begriffes ‚Großraumwirtschaft‘“ beigetragen. Luther befürchtete in diesem Zusammenhang vor allem negative Rückwirkungen auf die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen. Da die USA an dem Prinzip der Meistbegünstigung festhielten, stelle sich die Frage, „wie wir das von uns gegenüber Jugoslawien ... vertretene Prinzip der Präferenzbewilligung mit jenem Meistbegünstigungsprinzip in Einklang bringen können oder wollen“.⁷⁰

Hier war ein Kernproblem der deutsch-amerikanischen Beziehungen berührt, denn der „Widerspruch der Vereinigten Staaten gegen deutsche Präferenzverträge mit Südost-Staaten“ implizierte, wie es ein Angehöriger des Auswärtigen Amtes formulierte, „die

Unmöglichkeit für Deutschland, mit europäischen Staaten zu einer Großraumwirtschaft zu gelangen“.⁷¹ Tatsächlich ist der schnelle Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa bei einer strengen Beachtung des Meistbegünstigungsprinzips nicht vorstellbar. Die Etablierung eines deutschen „Informal Empire“ in Südosteuropa steht daher zu der Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen in einem engen funktionalen Zusammenhang. Dabei ging es für die amerikanische Regierung nicht in erster Linie um Marktanteile, sondern um die Abwehr der prinzipiellen Herausforderung des amerikanischen Handelsvertragsprogramms durch die deutsche Hegemonialpolitik in Südosteuropa.

Die deutsche Vormachtstellung in Südosteuropa war allerdings bereits Mitte der 30er Jahre so weit abgesichert, daß sich für Washington kaum noch Möglichkeiten zur wirksamen Verteidigung der amerikanischen Außenwirtschaftskonzeption ergaben. Messersmith hat in seinen Analysen diese für Washington negativen Rückwirkungen der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa wiederholt herausgearbeitet. „The developments have a very real interest to us for these countries in Southeastern Europe have been looking forward to our trade agreements with us as a part of a constructive movement towards economic peace“, formulierte er im Februar 1938 in einem Memorandum für Außenminister Hull. „Germany feared our trade agreements program in Southeastern Europe and now that she is embarking upon this course of expansion, I see small prospect for our progress in Southeastern Europe. Even though we negotiated agreements they would have very little value for what is the use of our making arrangements between independent States when an international gangster at the point of a gun is forcing economic subjection? I see the trade agreements program in general seriously menaced for these events in Southeastern Europe will have a disturbing and upsetting influence generally“.⁷²

Diese Analyse wurde durch die weitere Entwicklung voll bestätigt. Zwar gelang den USA im März 1938 der Abschluß eines Handelsvertrages mit der Tschechoslowakei, die daran geknüpften ökonomischen und auch politischen Erwartungen haben sich aller-

dings nicht erfüllt. Dieser Mißerfolg des amerikanisch-tschechoslowakischen Vertrages unterstreicht, daß der Ausschluß der Vereinigten Staaten von der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft schon weitgehend vollzogen war noch bevor Deutschland auch die formelle, militärische und politische Beherrschung Ost- und Südosteuropas einleitete. Zwar schien den USA Anfang 1939 mit dem Abschluß eines Handelsvertrages mit der Türkei ein Einbruch in das deutsche „Informal Empire“ gelungen zu sein, doch trotz dieses Vertrages vermochte die amerikanische Diplomatie ihre Außenwirtschaftsprinzipien nicht durchzusetzen, denn der sich auf die türkisch-amerikanischen Handelsbeziehungen negativ auswirkende deutsch-türkische Clearingverkehr konnte nicht ausgeschaltet werden.

Von deutscher Seite wurden die wirtschaftspolitischen Erfolge des nationalsozialistischen Regimes in Südosteuropa auch als Bestandteil der handelspolitischen Auseinandersetzung mit den USA gesehen. In dem deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag vom März 1939 sicherte sich Deutschland einen „überragenden Einfluß mit spezifisch deutschen Methoden, ohne auf die alten Mittel der Handelspolitik mit unbedingter Meistbegünstigung und Goldwährung zurückgreifen zu müssen“, urteilte im Februar 1939 Helmuth Wohlthat, der mit den deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen beauftragte Mitarbeiter Görings. Die Stabilisierung der Kurse zwischen Reichsmark und den betreffenden Landeswährungen eröffne „neue Möglichkeiten für die internationale Geltung der Reichsmark“, und die Anhebung des Lebensstandards in den südosteuropäischen Staaten würde in „direkter Beziehung zu Großdeutschland“ erfolgen. Damit könne die deutsche Position bei der „Auseinandersetzung mit den Wirtschaftsinteressen des Britischen Weltreiches und Nordamerikas . . . gestärkt werden“. Das Auswärtige Amt stellte dann auch mit Zufriedenheit fest, daß der Abschluß des deutsch-rumänischen Vertrages auf die amerikanische Öffentlichkeit einen „großen Eindruck“ gemacht habe. Der Vorschlag der Politischen Abteilung, diesen Eindruck noch zu verstärken und „insbesondere der Opposition gegen Roosevelt weiteres Material zu liefern“, wurde zunächst jedoch nicht weiter verfolgt. Die Han-

delpolitische Abteilung wünschte keine Störung der inoffiziellen Kontakte zwischen Berlin und Washington über eine „Milderung“ der durch die bereits erwähnte Einführung amerikanischer Zuschlagzölle (18. März 1939) weiter verschärfte bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Aus dem Stab des Außenministers erging allerdings Ende März die Weisung, „bei nächster sich bietender Gelegenheit“ die „positive Handelspolitik Deutschlands mit der negativen, weil ideologisch verkrampften Handelspolitik“ der USA öffentlich zu vergleichen; der „destruktiven“ Handelspolitik der USA sei die „konstruktive“ deutsche Außenwirtschaftspolitik gegenüberzustellen.⁷³

Es lag auf der Linie dieser Argumentation, wenn Georg von Schnitzler (IG Farben) in einem im Juni 1940 in der amerikanischen Zeitschrift *Atlantic Monthly* erschienenen Aufsatz zu dem Thema „Deutschland und der Wiederaufbau der Weltwirtschaft nach dem Kriege“ die seit 1934 entscheidend vorangetriebene Intensivierung der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen als eine auch für die USA vorteilhafte Entwicklung darzustellen suchte, um dem Widerstand Washingtons gegen die nationalsozialistische Großraumwirtschaft zu begegnen.⁷⁴ In seinem in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt entstandenen Aufsatz, der von der deutschen Botschaft in Washington wegen seiner „grundsätzlichen Bedeutung“ an über tausend „ausgesuchte Persönlichkeiten des amerikanischen Wirtschaftslebens“ versandt wurde, verwarfte sich Schnitzler gegen den Vorwurf, Deutschland verfolge in Südosteuropa „kapitalistische“ oder „imperialistische“ Ziele. Die Bilateralisierung des Warenverkehrs sei vielmehr auf beiden Seiten zu einem „Musterbeispiel volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit“ ausgebaut worden. Die deutsche Industrialisierungshilfe bewirke eine Anhebung des Lebensstandards in Südosteuropa; die „guten, aber gerechten Preise, die Deutschland als Abnehmer für landwirtschaftliche Produkte zahle“, steigerten ebenfalls die Kaufkraft dieser Staaten. Von dieser Entwicklung profitiere aber nicht nur Deutschland, denn die Anhebung des Lebensstandards in den südosteuropäischen Agrarstaaten werde zu einem „nicht unbeträchtlichen Teile auch anderen Industrieländern, auch den Vereinigten

Staaten, in ihren Liefermöglichkeiten von großem Nutzen sein“. Zugleich meldete Schnitzler für die Nachkriegszeit den deutschen Anspruch auf eine wirtschaftliche Durchdringung Lateinamerikas an. Aber gerade derartige Hinweise waren nicht dazu angetan, in den USA die Furcht vor einer deutschen Hegemonialstellung in Kontinentaleuropa zu zerstreuen.

9. Das Scheitern der amerikanischen Eindämmungsstrategie

Die deutsch-amerikanische Rivalität in Südosteuropa und vor allem in Lateinamerika verdeutlichen, warum die Regierung Roosevelt eine deutsche Hegemonialstellung in Europa auf die Dauer nicht akzeptieren konnte und deshalb eine aktive Gegenpolitik mittels ökonomischen Drucks und einer sich im wirtschaftlichen Bereich manifestierenden politischen Annäherung an London entwickelte. Die Washingtoner Politik gegenüber dem Dritten Reich unterscheidet sich damit fundamental von der britischen Deutschlandpolitik der 30er Jahre. Man wird die amerikanische Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg daher auch keinesfalls als Appeasementpolitik charakterisieren dürfen, wie dies der amerikanische Historiker Offner wiederholt getan hat.⁷⁵

Allerdings erwies sich auch die von amerikanischen Politikern als “economic appeasement” bezeichnete Eindämmungsstrategie gegenüber der nationalsozialistischen Expansion als ebenso erfolglos wie die britische Appeasementpolitik. Das hat im wesentlichen zwei Gründe. Einmal hat der amerikanische Konjunkturerinbruch von 1937/38 die ökonomische Attraktivität der amerikanischen Handelsvertragspolitik für zahlreiche Staaten wieder relativiert; damit hat das Handelsvertragsprogramm die vor allem vom State Department erhoffte Wirkung im wirtschaftlichen und politischen Bereich nicht voll entfalten können. Zum anderen blieb die amerikanische Eindämmungsstrategie der 30er Jahre zu stark dem traditionellen Mittel der indirekt-ökonomischen Einflußnahme und dem Prinzip der „Offenen Tür“ verhaftet, sie war damit der aggressiven deutschen Wirtschaftspolitik und der zunehmend sich auch

auf militärische Maßnahmen stützenden außenpolitischen Expansion des Dritten Reiches zunächst unterlegen.

Die vor allem von der deutschen Rüstungspolitik ausgehende Asymmetrie der Mittelwahl bei der Durchsetzung der jeweiligen außenpolitischen Ziele der beiden Mächte ist von Präsident Roosevelt seit 1936/37 auch klar diagnostiziert worden. Allerdings fehlten der Washingtoner Regierung zunächst die innenpolitischen Voraussetzungen, um zu dem Konzept eines “economic appeasement” eine Alternative zu entwickeln. Die isolationistischen Tendenzen in der amerikanischen Öffentlichkeit und vor allem die Neutralitätsgesetzgebung des Kongresses seit 1935 haben eine direkte politische Einflußnahme auf die europäische Entwicklung oder die Vorbereitung militärischer Maßnahmen bis 1938/39 unmöglich gemacht. Das erklärt zugleich, warum die Regierung Roosevelt, die ungeachtet der innenpolitischen Konstellation eine aktive Außenpolitik betrieb, ihrem Außenwirtschaftsprogramm auch eine so zentrale politische Bedeutung beimaß, denn die Wirtschaftspolitik war bis 1939 das einzige Instrument, das der Exekutive zur außenpolitischen Einflußnahme zur Verfügung stand. Auch aus diesem Grund kann es kaum überraschen, wenn sich der deutsch-amerikanische Gegensatz zunächst im ökonomischen Bereich entwickelte.

Eine Analyse der Beziehungen zwischen den USA und dem Dritten Reich, die sich nicht auf das sichtbare diplomatische Geschehen beschränkt, vielmehr die ökonomischen Konflikte der beiden Staaten voll berücksichtigt, offenbart ein grundlegendes Dilemma der nationalsozialistischen Außenpolitik. Der Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Europa und die zur Kriegsvorbereitung notwendige Mobilisierung der wirtschaftlichen Ressourcen implizierte bereits Mitte der 30er Jahre eine essentielle Bedrohung amerikanischer Interessen; das gilt sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Einmal bedeuteten die wirtschaftspolitischen Methoden und vor allem die handelspolitische Offensive in Lateinamerika eine Zurückdrängung wirtschaftspolitischer Interessen der USA. Dieser Vorgang war zugleich in doppelter Hinsicht auch von politischer Bedeutung. Mit der Zurückdrängung des amerikani-

schen Außenhandels vor allem in Lateinamerika bedrohte das Dritte Reich letztlich das liberal-kapitalistische System in den USA, zumindest aus der subjektiven Perspektive der amerikanischen Führungseliten. Zum anderen bedeutete die Unterminierung des amerikanischen Handelsvertragssystems einen Angriff auf das einzige außenpolitische Instrument der Regierung Roosevelt. Die sich im ökonomischen Bereich manifestierenden Interessenkonflikte stellten mithin die Erfolge der vorsichtigen deutschen Amerikapolitik nach der Machtergreifung ebenso in Frage, wie sie nach dem Kriegsausbruch das strategische Kalkül Hitlers durchkreuzten.

Die Hitlersche Außenpolitik hat in ihren Auswirkungen bereits seit Mitte der 30er Jahre jene außenpolitische Konstellation provoziert, die nach der Mobilisierung des militärisch-strategischen Potentials der USA die Erfolge der Hitlerschen Herrschaftspläne von vornherein zum Scheitern verurteilt hat. Es gehört zu der großen Fehleinschätzung Hitlers, wenn er der Illusion erlag, daß sich ein bewaffneter Konflikt mit den USA solange hinausschieben lassen werde, bis die deutsche Vorherrschaft auf dem gesamten europäischen Kontinent gesichert war.